## YEHUDA BAUER

## "ONKEL SALY" - DIE VERHANDLUNGEN DES SALY MAYER ZUR RETTUNG DER JUDEN 1944/45

Am 20. August 1944 traf Saly Mayer, 62 Jahre alt, Repräsentant des American Jewish Joint Distribution Committee (AJDC, kurz "Joint") in der Schweiz, auf der Brücke zwischen St. Margarethen und Höchst an der schweizerisch-österreichischen Grenze mit drei Nationalsozialisten und einem Juden zusammen. Diese vier Personen waren SS-Obersturmbannführer Kurt A. Becher, SS-Hauptsturmführer Max Grüson, Dr. Hermann Krumey und Dr. Rudolf (Rezsö) Kasztner. Grund der Zusammenkunft waren Verhandlungen über die Möglichkeit, die damals unter dem Nazi-Regime noch lebenden Juden zu retten. Diese Verhandlungen und ihre Verflechtungen, die fast bis zum Kriegsende dauerten, sind Gegenstand dieser Studie.

Ausgangsbasis dieser Verhandlungen bildeten die Kontakte, die spätestens im Sommer 1942 in Preßburg zwischen dem dortigen "Judenreferenten" an der deutschen Gesandtschaft, Dieter Wisliceny, und einer Gruppe von jüdischen Rettungsarbeitern aufgenommen wurden. Wieweit diese Kontakte wiederum auf die Schacht-Rublee-Verhandlungen Ende 1938 und 1939 zurückzuführen sind, wäre noch zu erörtern<sup>1</sup>. Die Preßburger Gruppe, die illegal im Rahmen des dortigen Judenrates (Ústredna Židov) bestand und sich "Arbeitsgruppe" (pracovná skupina) nannte, wurde von zwei hervorragenden Persönlichkeiten geführt: dem orthodoxen Rabbiner Michael Ber-Dov Weissmandel und der zionistischen Wohlfahrtsarbeiterin Gizi Fleischmann, Im Zusammenhang mit den Deportationen der slowakischen Juden im Frühling 1942 kam Weissmandel auf die Idee, den Nazis Lösegeld anzubieten, um damit die Deportationen zu stoppen. Ungefähr Mitte Juni setzte er sich mit Wisliceny in Verbindung und dieser erklärte sich bereit, deutscherseits ein Desinteresse an der weiteren Deportation slowakischer Juden zu bekunden, wenn vom Ausland gewisse Geldzahlungen gemacht würden. Nach einer Besprechung am 25. Juni 1942, an der auch der Gesandte in Preßburg, Ludin, und der slowakische Ministerpräsident Tuka teilnahmen, sandte Ludin am 26. Juni ein Telegramm an das Auswärtige Amt, in dem erklärt wurde, daß die weitere Deportation der Juden durch angebliche slowakische Mißstände unmöglich sei2.

Die Deportationen hörten – nach Weissmandel<sup>3</sup> – auf, nachdem ein Teil des von Wisliceny verlangten Geldes gezahlt worden war. Gegen Ende September 1942

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Vgl. Michael Ber-Dov Weissmandel, Min Hametzar, New York 1960, S. 45 ff.



<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Anfang Januar 1939 stimmte Hitler einem Vorschlag Schachts zu, die deutschen Juden gegen gewisse Wirtschaftsvorteile für das Reich auswandern zu lassen. Über die diesbezüglichen Verhandlungen und die Gründe ihres Scheiterns vgl. Y. Bauer, My Brother's Keeper, Philadelphia 1974, S. 274 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nürnberger Dokumente NG-4407, NG-4553.

und im Oktober fanden noch vier Transporte statt, und Weissmandel behauptet, daß dies die Folge der Nichtbezahlung der zweiten Rate des Lösegeldes war. Ob es so war oder nicht, es scheint jedenfalls klar zu sein, daß Wisliceny nicht auf eigene Faust, sondern im Auftrage Eichmanns handelte, der seine Weisungen wohl von Himmler bekommen hatte.

In der Folge fanden ab November 1942 Verhandlungen über einen allgemeinen Stopp der Deportationen europäischer Juden aus allen Gebieten außerhalb des Altreichs, Österreichs und des Protektorats statt. Im Laufe dieser Verhandlungen, die bis August 1943 liefen, forderte Wisliceny im Namen seiner Auftraggeber eine Summe von 2 Millionen Dollar für ein zeitweiliges Aufhören der Deportationen; es wurde auch das Ende der Deportationen im Innern Polens in Aussicht gestellt. Das Geld mußte vom Ausland kommen, und zwar aus Amerika, und die weiteren Verhandlungen sollten mit Vertretern des "Weltjudentums", als die sich Weissmandel und Fleischmann ausgaben, stattfinden. Die Deportationen sollten sofort nach Anzahlung einer ersten Rate von \$ 200 000 aufhören. Doch die jüdischen Stellen besonders in Amerika glaubten den Deutschen nicht und hielten das Angebot für einen weiteren Erpressungsversuch. Die Frage, ob das deutsche Angebot ernst gemeint war, konnte also mangels einer Probe nicht beantwortet werden".

An diesen Stopp-Plan, von der 'Arbeitsgruppe' in der Slowakei der 'Europa-Plan' genannt, knüpfte nun direkt der Vorschlag Eichmanns an, der im Mai 1944 durch Joel Brand nach Istanbul gebracht wurde, Am 19. März besetzten die deutschen Truppen Ungarn, und Eichmanns Sondereinsatzkommando, das die Deportationen der ungarischen Juden nach Auschwitz zu organisieren hatte, gelangte im Gefolge der deutschen Truppen nach Budapest. Wisliceny, Mitglied von Eichmanns Kommando, setzte sich mit zwei jüdischen Gruppen in Verbindung. Von Weissmandel und Fleischmann hatte er "Empfehlungsbriefe" an Philip von Freudiger, Leiter der orthodoxen Landeskanzlei, und an das zionistische "Hilfsund Rettungskomitee" (Va'adat Ezra Vehatzalah – kurz Va'adah genannt). Leiter der Va'adah war Otto Komoly, Präses der zionistischen Organisation in Ungarn, die eine ziemlich kleine Minderheit des ungarischen Judentums vertrat. Sein Stellvertreter war Dr. Reszö Israel Kasztner, ein äußerst begabter Journalist aus Klausenburg. Unter den Mitgliedern der Va'adah befand sich auch Joel Brand, geborener Transylvanier, der seine Jugend als Kominternagent in Deutschland verbracht hatte, dann nach Ungarn ging und dort, vom Kommunismus sich abwendend, Zionist wurde. Der abenteuerlich veranlagte Brand half im Jahre 1943 recht erfolgreich bei der Rettung polnischer Juden, die versuchten, aus Polen nach Ungarn zu flüchten. Er hatte vor allem mit der Budapester Abwehrstelle Kontakt, die bis Anfang 1944 noch Canaris unterstand. Durch die Abwehrstelle gelang es Brand und anderen Va'adah-Mitgliedern, eine Verbindung mit Vertretern des palästinensischen Judentums herzustellen, die von Istanbul aus versuchten, dem gemarterten europäischen Judentum irgendwie zu helfen. Der Hauptkurier der Abwehr



<sup>4</sup> Ebenda, S. 67 ff., 162 ff.

nach Istanbul war ein getaufter ungarischer Jude, Andor Grosz (genannt "Bandi"), alias Andreas Gyorgy. Durch ihn wurden Kontakte mit den englischen und amerikanischen Spionagedienststellen in Istanbul hergestellt. Als Deckung, vielleicht auch als Vorbereitung für ein späteres Alibi dienten die Aufträge, die ihm von den Vertretern der Jewish Agency (d. h. der zionistischen Organisation) in Istanbul und der Va'adah in Budapest gegeben wurden, und die er scheinbar auch gewissenhaft erledigte<sup>5</sup>.

Wie schon gesagt, kam Wisliceny mit einem Brief aus Preßburg in Budapest an. Freudiger und die Orthodoxen schieden jedoch bald aus den Verhandlungen aus und begnügten sich in der Folge, durch gezielte Bestechungsversuche einzelne Leben zu retten; darauf werden wir noch zurückkommen. Die Hauptverhandlungen aber wurden von Kasztner und Brand geführt. Auch Wisliceny erschien nach der ersten Besprechung, in der noch von der Aussicht einer Nichtdurchführung der Deportationen gesprochen wurde, nicht mehr. Am 25. April ließ Eichmann Brand zu sich holen. In diesem von Brand beschriebenen dramatischen Gespräch und in einer darauffolgenden zweiten Begegnung (8. Mai) bot Eichmann die Freigabe einer Million Juden für 10 000 Lkw und einige andere Waren an; er erklärte sich bereit, die ersten 100 000 Juden sofort auswandern zu lassen (nach dem Westen, denn Palästina kam wegen des Bündnisses mit dem palästinensischen Araberführer Haj Amin el-Husseini nicht in Frage). Dies und die Sprengung der Gaskammern in Auschwitz wurden für den Zeitpunkt in Aussicht gestellt, wenn er vom Ausland eine bindende Zusage über die Lieferung der Lkw bekäme<sup>6</sup>.

Mit diesem Angebot schickte nun Eichmann Brand nach Istanbul, wo er am 19. Mai ankam. Er war jedoch nicht allein, sondern in Begleitung von Bandi Grosz. Grosz war von Otto Klages, dem SD-Kommandanten in Budapest (und Eichmanns nominellem Vorgesetzten), beauftragt worden, "ein Treffen zu arrangieren in irgendeinem neutralen Staat zwischen zwei oder drei deutschen Sicherheitsoffizieren gleichwertigen Ranges, um über einen Separatfrieden ["separate peace"] zwischen den Alliierten und dem Sicherheitsdienst [sic1] zu verhandeln". Gemeint waren natürlich nur die westlichen Alliierten. Dieses für die nationalsozialistische Führung typtische, ungelenke Friedensangebot war offensichtlich der Hauptzweck der Mission, und so wurde es auch von den Engländern, die Grosz über Syrien nach



<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Bela Vago, The Intelligence Aspects of the Joel Brand Mission, in: Yad Vashem Studies Bd. 10, Jerusalem 1974, S. 111-118.

Joel Brand, Bishlichut Nidonim Lamavet, Tel-Aviv 1957, S. 84-87; Der Kasztnerbericht, hrsg. von Ernest Landau, München 1961, S. 86-89. Auch Kasztners Version basiert auf der Aussage Brands, denn Kasztner war ja bei den Begegnungen nicht dabei. Da Brands verschiedene Aussagen – in seinem Buch, in Istanbul (siehe Archiv Moreshet, Givat Haviva, in Israel, Sign. D.1.713) und gegenüber Hirschmann in Kairo – in den Einzelheiten nicht immer übereinstimmen, kann man Eichmanns Vorschlag auch nur im allgemeinen wiedergeben (vgl. Hirschmann-Brand Interview, Public Record Office [künftig: PRO], London, FO 371/42807/WR 34/3/48, 22. Juni 1944).

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vgl. Vago, a. a. O.; PRO, FO 371/42810/WR 324/3/48, 12. Juli 1944.

Kairo in die Haft führten, aufgefaßt. Es ist vielleicht nicht unglaubhaft, daß man in den maßgebenden SS-Kreisen (Himmler, Klages u. a.) dachte, wenn die Mission mißlang, könnte man bei der durchaus mißliebigen Person von Grosz eine ernste Absicht immer noch leugnen. Der jüdische Aspekt, von Brand vertreten – der über die Mission Grosz' wahrscheinlich nur sehr ungenau unterrichtet war –, sollte wohl als eine Art Gambit und gegebenenfalls auch als geeignetes Druckmittel dienen, denn man war fest davon überzeugt, daß die amerikanischen Juden hinter Roosevelt und dem amerikanischen Kriegswillen standen.

Brands Vorschläge wurden durch die Jewish Agency an die Briten und durch den amerikanischen Gesandten in Ankara (Laurence Steinhardt) nach London und Washington übersandt. Die Türken bestanden darauf, daß die beiden Emissäre, die ohne türkische Visen ins Land gekommen waren, sofort türkischen Boden verlassen sollten. Grosz weigerte sich, zurückzukehren, ohne seinen Auftrag erfüllt zu haben; Brand wußte, daß eine Rückkehr ohne Grosz und ohne positiven Bescheid der Westmächte sich katastrophal auswirken konnte. Anfangs wollten die Engländer ihm die Einreise in das Mittelostgebiet nicht erlauben, änderten dann aber ihre Haltung. Als Brand nach Syrien weiterfuhr, wurde er am 7. Juni – wie Grosz, der eine Woche vor ihm in Syrien angekommen war – von den Engländern festgenommen und nach Kairo gebracht.

In Budapest versuchte nun Kasztner, Eichmann klarzulegen, daß die Informationen aus Istanbul darauf schließen ließen, die Westmächte hätten den Vorschlägen Brands grundsätzlich zugestimmt. Nun sei es an der Zeit, dem Westen einen Beweis zu liefern, wie ernst es die Nazis mit ihren Vorschlägen meinten. Mit Blickrichtung auf diesen Beweis bildete Kasztner eine Sondergruppe von etwa 1700 Personen, unter ihnen einige führende Persönlichkeiten aller Richtungen der ungarischen Judenheit, Kasztners Familie und Freunde sowie mehrere Mitglieder der zionistischen Jugendverbände. Dieser Transport verließ Budapest Ende Juni und erreichte nach langen Aufenthalten in Preßburg und Wien nicht Spanien, wie die Nazis als Gegenleistung für die Bezahlung hoher Bargeldbeträge und die Abgabe von Wertgegenständen versprochen hatten, sondern Bergen-Belsen<sup>8</sup>.

Im Laufe dieser ersten Phase, die hier im einzelnen nicht erörtert werden soll, wurde die Stellung der Westmächte zu diesen Verhandlungen mit den Nazis über das Schicksal der Juden klar. Die Politik der britischen Regierung beeinflußte einerseits der Druck der öffentlichen Meinung und des Parlaments, die von der Regierung praktische Hilfsmaßnahmen verlangten, andererseits aber der Wunsch, solche Maßnahmen mit der Begründung zu unterlassen, die Juden seien in Europa nicht die einzigen verfolgten Menschen. "Juden, und zwar ausschließlich Juden, als britischen Schutzpersonen vorrangig zur Flucht zu verhelfen", schrieb Eden am 28. Juni an Oberrabbiner Hertz in Beantwortung seiner Anregung, alle europäischen Juden unter britischen Schutz zu stellen, "würde die Tatsache außer Acht lassen, daß die Brutalität der Deutschen, vor allem in Polen, sehr weitgehend gegen



<sup>8</sup> Kasztnerbericht, S. 85 f., 106-109, 115-123, 126-134.

Nichtjuden gerichtet ist". Der Flüchtlingsausschuß der Regierung, der sich mit diesen Fragen befaßte, ging noch einen Schritt weiter, als er in internen Debatten seine Sorge darüber äußerte, daß das in den USA neu gebildete Amt für Kriegsflüchtlinge (War Refugee Board, künftig WRB) "sich zur "Rettung" von Juden verpflichtet" hatte und solche Vorhaben in den USA leider unterstützt werden könnten. "Es schien eine gewisse Gefahr zu bestehen, daß eine Andeutung unserer Verhandlungsbereitschaft . . . zum Versuch führen könnte, uns eine noch größere Anzahl Juden aufzuhalsen."

Über die von Joel Brand gemachten Vorschläge ließen die Engländer am 5. Juni die Vereinigten Staaten wissen, es handle sich ihrer Ansicht nach um "einen klaren Fall von Erpressung im Rahmen der politischen Kriegsführung. Die im Vorschlag enthaltene Zumutung, wir sollten die Verantwortung für den Unterhalt einer weiteren Million Personen übernehmen ist gleichbedeutend mit der Aufforderung, die Alliierten sollten auf wichtige militärische Operationen verzichten. Wir können mit der Gestapo über gar keinen Plan verhandeln und dem Tausch von Leben gegen Konzessionen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet nicht zustimmen, der darauf abzielt, die Niederlage Deutschlands hinauszuschieben." Da es jedoch die Politik beider Regierungen sei, Flüchtlingen beizustehen, falls die Nazis zur Freilassung von Juden bereit wären, die sich "in äußerster Notlage oder Gefahr befinden", müßte die Möglichkeit erwogen werden, sie nach Spanien oder Portugal zu evakuieren, vorausgesetzt daß militärische Operationen dadurch nicht beeinträchtigt würden<sup>10</sup>.

Die sowjetische Stellungnahme ist uns im wesentlichen aus einem Telegramm bekannt, das Botschafter Harriman am 19. Juni aus Moskau geschickt hatte und das nur feststellt, "die Sowjetregierung hat Wyschinski zu erklären beauftragt, daß sie Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die angeschnittene Frage weder für zweckmäßig noch für zulässig hält".

Die amerikanische Haltung war etwas differenzierter. Am 22. Januar 1944 wurde das Amt für Kriegsflüchtlinge (WRB) gegründet, dem es oblag, die Rettung vom NS-Regime verfolgter Personen, vor allem Juden, zu unterstützen. Am 9. Juni erklärte der Direktor des WRB John W. Pehle dem stellvertretenden Außenminister Stettinius, Rosevelt selbst habe "unserem Gedanken zugestimmt, die Verhandlungen, wenn möglich, weiterzuführen"<sup>11</sup>, aber die Engländer und Russen natürlich darüber zu informieren. Die Amerikaner wollten wissen, ob die Vorschläge Eichmanns nicht "nur Vorläufer anderer Vorschläge" seien; wie dem auch sei – und das war der entscheidende Punkt – sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden, "in der Hoffnung, daß zwischenzeitlich das Leben vieler voraussichtlicher Opfer verschont bleibt"<sup>12</sup>.



PRO, CAB 95/15/JR (44) 18, 8. 5. 44 (Eden-Hertz); ebenda, 31. 5. 44 ("sich zur Rettung...").

<sup>10</sup> Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1944, Bd. I, S. 1056.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 1074 (19. 6. 44); S. 1061, Anmerkung (9. 6. 44).

<sup>12</sup> Ebenda, S. 1074 ff. (19. 6. 44).

193

Diese Stellungnahme deckte sich mit jener der Jewish Agency. Deren Leiter Sharett wollte verhandeln, um Zeit zu gewinnen. "Man soll den Deutschen etwas Verlockendes zeigen"<sup>13</sup>, sagte er in Gesprächen mit englischen Beamten.

Anfangs neigten auch die Engländer zu irgendeiner "verlockenden" Geste. Eden schlug im Flüchtlingsausschuß vor, man solle durch die Schweiz den Deutschen vorschlagen, gewisse Kategorien von Juden, die die Engländer schon seit langem aufzunehmen gewillt waren, nun freizulassen. Es handelte sich hauptsächlich um Kinder, Palästinazertifikatsinhaber u. a. Doch Churchill wollte keine Verhandlungen, auch keine indirekten, mit "der Gestapo"; die Hauptrolle bei dieser Entscheidung scheint die russische Haltung gespielt zu haben. Waren doch Juni – August 1944 die Monate der Landung der Alliierten in der Normandie und des verwickelten diplomatischen Spiels über das Schicksal Polens. Am 13. Juli ließ Eden den Ausschuß wissen, daß eine Fühlungnahme über die Schweiz nicht in Frage käme<sup>14</sup>.

Am 7. Juli wurde Harriman in Moskau von Hull informiert, die Westmächte hätten die sowjetische Ablehnung der Idee, die Verhandlungen durch Bürger allierter Länder zu führen, zur Kenntnis genommen, aber "sie suchen nach einem Rettungsverfahren, das durch Vermittlung der Schweiz verwirklicht werden könnte"<sup>15</sup>. In dieser Phase war den Westmächten bereits klargeworden, daß Himmler über einen Sonderfrieden vorfühlen wollte. Die Aussagen von Grosz wurden den Amerikanern übermittelt. Es schien klar, daß hier ein Versuch gemacht wurde, Nazi-Deutschland durch eine Spaltung der westlichen Alliierten von Sowjetrußland und durch einen Separatfrieden mit dem Westen zu retten. Die Briten wollten jetzt auch mit Brands Vorschlägen nichts zu tun haben. Sie waren zwar bereit, Brand nach Ungarn zurückgehen zu lassen, nicht aber zu irgendwelchen Verhandlungen. Es zeigte sich also eine ziemlich klar umrissene Divergenz zwischen der Haltung Großbritanniens und der USA<sup>16</sup>.

Inzwischen ließen die deutschen Versuche, über die Juden doch zu Verhandlungen zu kommen, nicht nach. Einer der Vertreter der Jewish Agency in Istanbul, Menachem Bader, wurde von den Deutschen aufgefordert, anstelle von Brand nach Berlin zu fliegen. Bader war dazu bereit, wurde jedoch durch einen Einspruch der Engländer daran gehindert. Ein zweiter deutscher Vorschlag kam von Kasztner in Budapest: Dr. Joseph J. Schwartz, Leiter der AJDC in Lissabon, sollte als Unterhändler dienen. Dieser Vorschlag erreichte Pehle am 26. Juli. Tags darauf riet er Stettinius zu einer abschlägigen Antwort, denn Verhandlungen mit den Deutschen durch einen amerikanischen Staatsbürger seien nicht zulässig<sup>17</sup>.



PRO, CAB 95/15/JR (44) 15, 1. 7. 44, Telegramm 5959 nach Washington.

Ebenda, JR (44) 19, 15. 7. 44.

<sup>15</sup> FRUS, a. a. O., S. 1086 f.

<sup>18 2.</sup> B. PRO, CAB 95/15/JR (44) 21, 3. 8. 44 und JR (44), 4th Meeting 4. 8. 44. – Am 20. 7. 44 veröffentlichten sämtliche englischen Tageszeitungen die Brandschen Vorschläge.

<sup>17</sup> Archiv Moreshet, D.1.715, 24. 6. 44, auch D.1.721 und 746; WRB-Korrespondenz (im WRB-Archiv, Hyde Park, Roosevelt Library), 27. 7. Pehle-Stettinius, 28. 7. Stettinius-Norweb.

Inzwischen waren die Deportationen in Ungarn zu einem Stillstand gekommen. Beeinflußt durch eine energische Intervention der Schweiz, des schwedischen Königs, des Papstes und der amerikanischen Regierung (durch die Schweiz), gab Horthy den Befehl, mit den Deportationen aufzuhören. Ein amerikanischer Luftangriff auf Budapest am 2. Juli (der mit den Judendeportationen in keinerlei Zusammenhang stand) war ein weiterer überzeugender Grund für Horthy. Dazu kam auch, daß ein Telegramm der amerikanischen Gesandtschaft in Bern an das WRB vom ungarischen Nachrichtendienst abgefangen (oder vielleicht ihm zugespielt) wurde. Das Telegramm (vom 24. Juni) enthielt den Vorschag (des Rabbiners Weissmandel, was die Ungarn aber nicht wußten), die Eisenbahnlinien von Ungarn durch die Słowakei zu bombardieren. Kurz nach dem Stopp der Deportationen am 9. Juli wurde ungarischerseits (am 18.7.) die Bereitwilligkeit geäußert, Inhaber von Palästinazertifikaten und andere begrenzte Kategorien von Juden auswandern zu lassen<sup>18</sup>.

Nachdem die nationalsozialistische Seite erfahren hatte, daß Schwartz als Unterhändler nicht in Frage kam, brachten sie den Namen Saly Mayer ins Spiel. Wie Roswell D. McClelland, der WRB-Vertreter an der amerikanischen Botschaft in der Schweiz, mitteilte, ist dieser Vorschlag am 11. August gemacht worden<sup>19</sup>. McClelland riet, ihn aufzugreifen, vorausgesetzt die schweizer Regierung sei einverstanden. Es sollte versucht werden, "die Verhandlungen zu verschleppen und möglichst viel Zeit zu gewinnen, ohne, wenn möglich, irgend welche Verpflichtungen einzugehen". In voller Übereinstimmung mit McClelland stellte Mayer zunächst die Bedingung, daß eine erste Gruppe von 500 Häftlingen aus dem Kasztner-Transport in Bergen-Belsen sofort befreit werde. Das war auch Hauptgegenstand der gleichzeitigen Gespräche Kasztners in Budapest. Mayer hatte bereits am 10. August einen entsprechenden Brief nach Budapest geschrieben.

Die amerikanische Zustimmung zur Wahl Mayers als Unterhändler kam bald, aber McClelland wollte außerdem wissen, ob Mayer ermächtigt sein würde, den Nationalsozialisten Waren oder Geld oder beides zu offerieren. Die Deutschen hätten die Auswanderung von 40 000 Juden aus Budapest in Aussicht gestellt, sofern das Lösegeld in Form von Traktoren bezahlt würde. McClelland selbst fand allerdings, es sei "unmöglich, sich darauf einzulassen, Juden von den Nazis zu kaufen, besonders im Austausch gegen Waren, die den Feind in die Lage setzen könnten, den Krieg zu verlängern"<sup>20</sup>. Außerdem war es keineswegs sicher, daß die schweizer Regierung den auf diese Weise befreiten Juden die Einreise gestatten würde.

Das WRB gab McClelland am 21. August eine eindeutige Antwort auf seine Anfrage. Das von Hull unterzeichnete Telegramm enthielt folgende Weisungen: "Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten an der Absicht festhält, alle mög-



<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vgl. Henry L. Feingold, Politics of Rescue, New Brunswick, N.Y., 1970, S. 267.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> AJDC-Archiv, Saly Mayer Material (künftig: SM), Theke 1, Telefongespräche mit Lissabon, 1. 8. u. 6. 8. 44; WRB-Archiv No. 5197, 11. 8. 44, McClelland-Washington.

<sup>20</sup> WRB-Archiv, ebenda.

lichen Schritte zu tun, um die verzweifelte Lage der Juden in Ungarn zu lindern, kann sie an Lösegeldaktionen, wie sie von den deutschen Behörden angedeutet wurden, weder teilnehmen noch sie genehmigen. Wenn geglaubt wird, eine Zusammenkunft zwischen Saly Mayer und den deutschen Behörden würde zu einem Zeitgewinn führen, so hat das Amt gegen eine solche Zusammenkunft nichts einzuwenden. Falls eine Zusammenkunft stattfindet, soll Saly Mayer als schweizer Staatsbürger und als führendes Mitglied der schweizer jüdischen Gemeinde und nicht (wiederhole: nicht) als Vertreter irgend einer amerikanischen Organisation teilnehmen." Dieses Telegramm, das McClelland am 22. August erhielt, erreichte Mayer erst nach seiner ersten Zusammenkunft mit den Deutschen. Aber McClelland hatte ihn auf die vermutliche Reaktion der Amerikaner hingewiesen und Mayer folgte der amerikanischen Leitlinie.

Die amerikanische Weisung war also klar: keine Waren, kein Geld, kein Auftreten im Namen des AJDC. Auch das AJDC hatte Mayer Beschränkungen auferlegt, und zwar noch vor dem Eintreffen des Hullschen Telegramms. Bereits am 7. August hatte Mayer von der europäischen Hauptgeschäftsstelle des AJDC in Lissabon die telegraphische Instruktion erhalten, ohne vorherige ausdrückliche Genehmigung des AJDC in New York keine Warenlieferung anzubieten. An diesem selben Tag hatte Mayer auch ein Telegramm von Kasztner bekommen, der ihm die Ankunft der Nazis für den 13. August ankündigte und betonte, die einzige in Frage kommende Basis für Verhandlungen sei die Bereitschaft, Waren zu liefern. Saly Mayer, durch nahezu unerfüllbare Bedingungen in jeder Hinsicht gebunden, übernahm eine äußerst schwierige Aufgabe.

Schon Anfang August führte Mayer Gespräche mit schweizer Regierungsvertretern. Am 8. August sprach er mit Dr. Heinrich Rothmund, Chef der Fremdenpolizei, dessen Einstellung gegenüber Juden, gelinde gesagt, zweideutig war. Mayer bat um die vorherige Zustimmung zur Aufnahme der ersten 500 Personen aus dem Bergen-Belsen-Transport, falls sie freigelassen werden sollten. Er bat um eine ähnliche Zusage für weitere 1700 Personen aus dem gleichen Transport (er hatte Kasztners Angaben über die Zahl der Transportteilnehmer nicht verstanden) und für 15 000 ungarische Juden, die seines Wissens in Strasshof bei Wien waren. Es wurde ihm geantwortet, daß die Schweiz nur Kinder aufnehmen würde sowie Erwachsene mit Angehörigen in der Schweiz. Diese beiden Kategorien würden unter der Voraussetzung aufgenommen, daß Horthy sein Wort halte und Deportationen aus Ungarn unterblieben. Die schweizer Regierung würde ein Lösegeld-Angebot nicht gestatten und wenn Personen gegen Lösegeld freigelassen werden, würder sie nicht in die Schweiz einreisen dürfen.

Am 10. August wurde Mayer aufs neue darauf hingewiesen, daß er unter keinen Umständen Ware anbieten dürfe und alles zu unterlassen sei, was die Neutralität der Schweiz in Frage stellen könnte. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wurde noch deutlicher: "Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erklärt aus-



<sup>21</sup> SM 13, wo die Originalversion des WRB, No. 2867, vom 21. 8. 44 zu finden ist.

drücklich, daß das IRC unter keinen Umständen mit Leuten zusammenarbeiten könne, die sich illegaler Methoden bedienen, um Juden zu retten."<sup>22</sup>

Beraten wurde Mayer bei seinen Verhandlungen von Pierre Bigar, einem Führer des Schweizerischen Israelischen Gemeindebundes, und vor allem von Roswell McClelland und Dr. Marcus Wyler. McClelland, der sich als Vertreter der Quäker in Vichy-Frankreich einen guten Namen gemacht hatte, bevor er die Vertretung des WRB in Bern übernahm, und seine Frau Marjorie wurden auch persönliche Freunde von Saly Mayer. Ein anderer persönlicher und wahrscheinlich der einzige wirkliche Freund, den Mayer überhaupt hatte, war Wyler, der überdies sein Rechtsanwalt war. Es scheint, daß nur Wyler mit den Gedanken, Hoffnungen und Qualen Mayers vertraut war. Andererseits war Nathan Schwalb, Vertreter der Hechalutz in der Schweiz, der einzige Funktionär einer jüdischen Organisation, der zumindest einige Einzelheiten der Verhandlungen kannte, und der einzige Zionist, der mit dem mißtrauischen und einsamen Saly Mayer eine warme persönliche Beziehung geknüpft und aufrechterhalten hatte. Kein anderer Repräsentant einer jüdischen Organisation und keine solche Organisation war in das Geheimnis der Verhandlungen eingeweiht, vor allem deshalb, weil von Anfang an feststand, daß die ganze Sache auf eine Täuschung der Deutschen hinauslief und die Mitwisserschaft anderer Leute das größte Geheimnis Mayers enthüllen konnte: Das Geheimnis, daß er leere Hände und ebenso leere Taschen hatte, daß er weder zu einem Angebot von Geld noch von Waren befugt war, und daß er nicht als Repräsentant der Amerikaner, ja nicht einmal seines eigenen AJDC auftreten durfte.

Wieviel Geld hatte Mayer insgesamt aus Quellen des AJDC erhalten? Mayer war in Geldsachen sehr pedantisch. In seinem Büro hing eine Plakette mit der Inschrift: O.P.M. - Other People's Money. Er führte seine Rechnungsbücher mit größter Gewissenhaftigkeit, und diesen zufolge hatte er 1942 669 200 Dollar erhalten, 1943 1062 500 Dollar, 1944 6467 000 Dollar und zwischen Januar und Mai 1945 4600 000 Dollar. Die Ausgaben beliefen sich 1942 auf 274 785, 1943 auf 1154465 und 1944 auf 5402955 Dollar. Von diesen Beträgen entfiel 1944 ein beträchtlicher Teil, nämlich 1913000 Dollar auf die Unterstützung eines Teiles der etwa 25 000 jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz, da die schweizer Regierung nur für den Unterhalt der nach August 1942 in die Schweiz geflüchteten Juden aufkam, während die zwischen 1933 und 1942 angekommenen Flüchtlinge von den schweizer Juden unterhalten wurden. Außerdem wurden 1944 große Summen zur Unterstützung der Untergrundtätigkeit ausgegeben: in Frankreich eine Million Dollar, in Rumänien 850 000 Dollar, weitere in Shanghai und andernorts. Für Ungarn hatte Saly Mayer vom 21. März bis zum 8. Dezember 1944 insgesamt 4545970 schweizer Franken oder etwas mehr als 1 Million Dollar er-

<sup>22</sup> SM 17, ARBA, Report des Marcus Wyler-Schmidt, 15. 6. 45. Im weiteren Verlauf dieser Darstellung wird diesem Schlußbericht Wylers (der auf Grund von Mayers Aussagen und Materialien zusammengestellt worden ist) gefolgt, soweit keine anderen Anmerkungen gegeben werden.



halten. Die Gesamteinkünfte das AJDC während des ganzen Jahres 1944 betrugen 15 599 602 Dollar<sup>23</sup>.

Diese Aufstellung zeigt, daß neben den festen Ausgaben für die Flüchtlingslager in der Schweiz, die in Frankreich versteckten Kinder, die jüdische Untergrundtätigkeit in Frankreich sowie für verschiedene Aktivitäten in Kroatien, Rumänien, der Slowakei und Shanghai nur relativ begrenzte Beträge blieben, über die Mayer frei verfügen konnte. Der geheime Transfer dieser Beträge außerhalb der Schweiz war schwierig, wenn nicht unmöglich. Jeder Groschen der Mayerschen Gelder lag in schweizer Banken, die jedes Depot genau kontrollierten. Mayer umging diese Schwierigkeiten zumeist dadurch, daß er den Leuten die Zahlung in Dollar nach dem Kriege versprach. Bargeld zu übertragen war verboten; dennoch übertrug Mayer gelegentlich Bargeld in besetzte Gebiete und gefährdete sich dadurch. In Anbetracht dieser Tatsachen scheint es, daß das Märchen vom "Onkel Saly", der über Millionen Dollar verfüge und doch zögere, sie den darbenden Juden in den besetzten Gebieten zu geben – ein unter jüdischen Führern in diesen Gebieten weit verbreitetes Gerücht –, eben ein Märchen war und weiter nichts.

In Wahrheit war Mayers Stellung sehr schwach. Bei seinem ersten Zusammentreffen mit der SS auf der Brücke nahe St. Margarethen mußte er die Verhandlungen stehend mitten auf der Brücke führen, weil die Schweizer den Deutschen das Betreten schweizerischen Bodens nicht gestatteten. Am 20. August verhandelte Saly Mayer als angeblicher Vertreter einer Organisation namens "Schweizerischer Unterstützungsfonds für Flüchtlinge", das schweizerische Gegenstück des AJDC zur Unterstützung jüdischer Flüchtlinge in der Schweiz, mit den vier eingangs erwähnten Männern.

Erster Vorschlag der Deutschen war, die Juden sollten 10 000 Lkw für landwirtschaftliche Zwecke und Maschinen liefern. Als Gegenleistung für diese Zahlung würde Juden die Ausreise in die Vereinigten Staaten gestattet. Die Lastwagen sollten von amerikanischen Schiffen nach Europa gebracht werden und die Juden könnten mit den zurückkehrenden Schiffen in die Vereinigten Staaten reisen. Nach Berichten Mayers wollte Becher zur Durchführung dieses Plans den sogenannten Sonderstab Max Grüson mit dem AJDC in Verbindung setzen. Mayer sagte, seinen eigenen Angaben zufolge, er vertrete zwar das AJDC, verhandle aber als Vertreter seiner schweizer Organisation. Er weigere sich, unter Druck zu verhandeln und werde nichts unternehmen, was guten Sitten widerspreche. Becher fand, dass an seinem Vorschlag nichts unsittlich sei. Am gleichen Tag kam der erste Transport mit 318 Personen der Kasztner-Gruppe aus Bergen-Belsen an die schweizer Grenze: die Deutschen wollten zeigen, wie ernst sie es meinten. Mayer verlangte Zeit, um sich mit seinen Vorgesetzten zu beraten.

Becher berichtete Himmler am 23. August über diese Verhandlungen und



<sup>23</sup> AJDC-Archiv, 51 - Switzerland, 1944, Aufstellung Mayers über "Expenditures, etc. as of October 1945"; ebenda, Loeb and Troper report on Overseas Expenditures, 1942, 1945, 1944, 1945; SM 4, JDC Financial.

meinte, damit, "dass im gleichen Moment bedingungslos 300 Stück über die Grenze rollten", sei die jüdische Seite von der Seriosität der deutschen Unterhändler überzeugt worden. Becher erklärte, daß Mayer die Durchführbarkeit der Bezahlung in Lkw bezweifelt habe und riet Himmler, außer den Lkw auch "Engpaßartikel" zu verlangen, deren Lieferung die neutralen Staaten nach dem Einspruch der Alliierten eingestellt hatten. Genannt wurden Güter wie Nickel, Chrom, Wolfram, Kugellager, Meßinstrumente, Werkzeugmaschinen u.a.m. Becher zufolge hatte Mayer versprochen zu versuchen, die Zustimmung der Amerikaner zu Lieferungen solcher Güter aus neutralen Staaten zu erhalten. Überdies habe Mayer versprochen, die Höhe der für diese Käufe zur Verfügung stehenden Gelder bekanntzugeben und ein Verzeichnis der Güter vorzulegen, die sofort geliefert werden könnten. Himmler erklärte sich in seiner Antwort auf diesen Bericht mit Bechers Verhandlungsführung einverstanden und wies ihn an, diese Linie beizubehalten.

Kasztner dagegen behauptet, Becher habe in St. Margarethen die Einstellung der Vergasungen zugesagt<sup>24</sup>. Das ist kaum glaubhaft. Wahrscheinlicher ist, daß Becher die weitere Deportation der Budapester Juden zu verhindern suchte, was er selbst in seinem Bericht vom 23. August eindeutig ausdrückte. Himmler persönlich ordnete an, die Deportation der Budapester Juden zu unterlassen: der deutsche Gesandte in Ungarn, Edmund Veesenmayer, berichtete am 25. August an Ribbentrop, er hätte ein solches Telegramm in der Nacht zwischen dem 24. und 25. August erhalten<sup>25</sup>.

Man kann also wohl annehmen, daß Himmler als Gegenleistung für Mayers Versprechen, die Möglichkeiten einer Erfüllung der deutschen Forderungen zu erkunden, bereit war, die Deportation der Budapester Juden zu verbieten.

Mayer erhielt, wie erwähnt, die unmißverständliche Weisung der Amerikaner erst nach den ersten Verhandlungen mit den Deutschen. Dann aber waren die Amerikaner von Saly Mayers Bericht befriedigt. Das WRB ersuchte ihn, die Verhandlungen so lang wie möglich hinzuziehen, um das Leben so vieler Juden wie möglich zu retten. Am 1. September konnte McClelland Mayer mitteilen, daß das WRB gewillt war, ihm in den USA eine Summe von 2 Millionen Dollar bereitzustellen, die gegebenenfalls für die Verhandlungen einzusetzen wären. Eine Vollmacht für eine solche Verwendung wurde ihm allerdings nicht zugesandt. Es war also klar, daß die 2 Millionen wenig mehr als eine leere Geste waren. In seinem komischen, verschrobenen Englisch schrieb Mayer am 10. September sein Telefongespräch mit Lissabon nieder, in dem er sagte, "wo immer ich die Chance habe, in hohen Plätzen der Diplomatie und der Politik, ich überall auf die Gefahr hinweise daß in der letzten Minute . . . wenn keine Intervention erfolgt, bis zu 800 000 Juden die noch in der Hand von "Nasty" sind, in unmittelbarer Lebensgefahr stehen. Bitte nehmt sorgfältige Kenntnis von dieser SM Botschaft. Da ich doch auch nur ein

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Randolph L. Braham, The Destruction of Hungarian Jewry, A Documentary Account, New York 1963, Bd. 2, S. 635 f. (Bechers Telegramm v. 23. 8, 44) u. S. 637; Kasztnerbericht, S. 175.





sterbliches Menschenskind bin, bestehe ich darauf, daß dieses 11 Uhr 59 aufgeschrieben werde. Von allen Seiten bin ich nun gut informiert über "Du darfst nicht" und "nein". Aber was ist mit "tue es" und "ja"? USA sagt kein Lösegeld und keine Waren für "Nasty", aber lasse die Verhandlungen nicht abbrechen. Nun ja, also viel Spielraum ist da nicht."26

Das zweite Treffen fand am 3. September wiederum auf der Brücke bei St. Margarethen statt. Mayers Verhandlungspartner waren diesmal Grüson, Kasztner'und Dr. Wilhelm Billitz. Mayer erklärte sich im Namen seiner schweizerischen Organisation prinzipiell bereit, bei einer Bank ein Konto in Höhe von 5 Millionen Franken zur Sicherung der Verhandlungen zu eröffnen. Er sagte, er werde sein Bestes tun, um die Schweizer zu veranlassen, der SS den Einkauf von Gütern in der Schweiz zu erlauben, vorausgesetzt, daß die unter dem NS-Regime lebenden Juden geschützt und wohlbehalten seien und keine weiteren Maßnahmen gegen die ungarischen Juden ergriffen würden.

Eine Schlüsselfigur bei dieser Verhandlung war Dr. Billitz, getaufter Jude und einer der Direktoren des Schwerindustrie-Unternehmens Weisz in Budapest, der sich um einen Kompromiß zwischen beiden Seiten bemühte. Grüson erklärte bei dieser Verhandlung seine Bereitschaft, die Frist für Mayers endgültige Antwort bis zum 10. oder 20. September zu verlängern, ließ aber auch wissen, daß für die ungarischen Juden "ja" das Leben und "nein" den Tod bedeute<sup>27</sup>.

Die Taktik Mayers wird hier bereits klar. Von Lastwagen wurde nicht mehr gesprochen, die Verhandlungen gingen darum, den Nationalsozialisten Geld in der Schweiz zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung verlangte Mayer nicht nur das Leben der ungarischen, sondern aller Juden, die in den besetzten Gebieten noch am Leben waren. Der Betrag, den er zur Sicherung der Verhandlungen deponieren wollte, bestand aus Geldern, die von schweizer Juden gespendet und ihm für Sozialhilfemaßnahmen in der Schweiz überlassen wurden. Amerikanisches Geld hatte er ja nicht.

Am folgenden Tag, dem 4. September, fand eine dritte Besprechung statt, an der auch Mayers Assistent, der Rechtsanwalt Marcus Wyler teilnahm. Jetzt erklärte Grüson plötzlich die Frist für verstrichen, die endgültige Antwort müsse binnen 24 Stunden erfolgen. Er forderte die Übernahme fester Verpflichtungen, die von den orthodoxen ungarischen Juden angeblich versprochenen 300 Lkws sowie Werkzeugmaschinen und Felle. Weitere Besprechungen seien Zeitverschwendung. Er verlangte auch einen Verhandlungspartner "mit allen politischen Vollmach-



SM 1, Telefongespr. mit Lissabon, 10. 9. 44. Die Chiffre 11 Uhr 59 stand natürlich für die Gefahr, daß die Juden in der letzten Minute noch ermordet werden. Der Originaltext lautet: "Please do take careful note of this SM message. Myself being after all also only a mortal human being, I insist on having put on record 11 h 59. From all sides I am by now well informed about ,don't' and ,noes'. But what about do it and yes? USA says, no money for ransom and no goods for ,Nasty' [= Nazi], but do not let negotiations break down. Well, there is not much margin to go on with."

<sup>27</sup> SM 13 u. 17, ARBA-Report.

ten". Mayer erwiderte, in Anbetracht der internationalen Lage seien rasche Antworten nicht möglich, in der Schweiz und den USA könne man niemandem ein bestimmtes Verhalten aufzwingen und müsse sich an das Tempo halten, das im Umgang mit diesen Staaten zweckmäßig sei. Grüson wurde gebeten, Becher zu einem Aufschub seines Berichts an Himmler zu veranlassen, inzwischen würde Mayer sich mit einer Persönlichkeit beraten, die ihn mit den Vereinigten Staaten verbinden könne. (Mayer dachte an Dr. Josef Schwartz).

Am nächsten Tag (5. September) trafen die gleichen Männer wieder zusammen, diesmal unter Hinzuziehung des Vorsitzenden der Schweizerischen Jüdischen Flüchtlingshilfe, Pierre Bigar. Mayer sprach von der Möglichkeit einer Rahmenvereinbarung über die finanzielle Frage, doch könnten keine für die Kriegsführung wichtigen Güter beschafft werden. So lange die Gestapo ihren Vernichtungsfeldzug fortsetze, glaube niemand an einen guten Willen der Deutschen. Mayer bezog sich damit auf die angelaufene Deportation der letzten slowakischen Juden im Zusammenhang mit dem nationalen Aufstand der Slowaken, der am 28. August begonnen hatte<sup>28</sup>. Mit dieser Besprechung vom 5. September war, wie man wohl sagen kann, die erste Verhandlungsphase abgeschlossen. Es schien ersichtlich zu sein, daß Mayer seine Befugnisse weit überschritten und damit seine Position gegenüber den Amerikanern wie auch den Schweizern in Gefahr gebracht hatte. Andererseits war es ihm gelungen, ohne konkrete Zusagen bei den Deutschen den Eindruck zu erwecken, daß sich für sie die Fortsetzung der Verhandlungen mit ihm lohnen würde, weil Deutschland vielleicht auf diesem Weg tatsächlich Geld oder Waren oder beides erhalten konnte.

Den Amerikanern sagte Mayer die Wahrheit, doch offenbar nicht die ganze Wahrheit. McClelland berichtete dem State Department nur von Mayers Hinhaltetaktik. Nicht erwähnt ist, daß er den SS-Führern erklärte, bei einer schweizer Bank würde ein Konto zugunsten Deutschlands für den Kauf von Gütern in der Schweiz eröffnet<sup>29</sup>. Dieser Bericht erweckt einen ganz anderen Eindruck als jener von Kasztner, in dem dessen Enttäuschung über Mayers "unmögliche Diplomatie" und dilatorische Verhandlungsmethode deutlich wird, die – so Kasztner – die Rettung vieler Leben verhindere. Kasztner zeigte sich auch enttäuscht, daß kein Mann von Format wie beispielsweise Dr. Schwartz die Verhandlungen führte, sondern Mayer<sup>30</sup>. Andererseits stellt Kasztner aber selbst fest, daß Becher genau so reagierte, wie es Mayer und der ihn deckende McClelland gehofft hatten. In Budapest werde er telegraphisch eine eindeutige positive bzw. negative Antwort von Saly Mayer abwarten. Bis dahin wolle er keine Entscheidung treffen<sup>31</sup>.

Die Haltung Bechers - und selbstverständlich Himmlers, der hinter ihm stand -,



<sup>28</sup> Ebenda.

WRB-Archiv, No 6110, McClelland-Washington, 16.9.44. McClelland fügte hinzu, daß nach seiner und auch Mayers Meinung "alle Zeit, die gewonnen werden konnte, jetzt gewonnen ist . . . so daß diese Verhandlungen als beschlossen gelten können".

<sup>80</sup> Kasztnerbericht, S. 182.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 179.

ist vermutlich auch auf die Aussicht zurückzuführen, Waren aus der Schweiz beziehen zu können – im Gegensatz zu Ribbentrops Außenministerium, dessen ähnliche Versuche erfolglos blieben. Von größerer Bedeutung war aber die entschiedene Forderung Grüsons bei dem letzten Treffen, er wolle mit einem politischen Delegierten verhandeln. Hier zeigt sich wohl Himmlers wirkliches Ziel, nachdem die Mission des Bandi Grosz gescheitert war: Vielleicht konnte der schweizer AJDC-Vertreter die Himmlerschen Emissäre mit den Amerikanern zusammenführen, während die Verhandlungen über den für die SS lohnenden Tausch von Waren oder Geld gegen Juden als Tarnung vor der Welt, vor Ribbentrop, Hitler und selbst Kaltenbrunner fortgesetzt würden.

Am 16. September telegraphierte McClelland in die USA, daß Mayer von den Deutschen eine Warenliste verlangt habe, aber die schweizer Behörden die Einreise eines deutschen Einkäufers nicht bewilligt hätten. "Meiner persönlichen Ansicht nach, die von Saly Mayer geteilt wird, ist jetzt aller denkbare Zeitgewinn erreicht und hat die Gestapo wahrscheinlich die Geduld verloren, so daß diese Verhandlungen als abgeschlossen gelten können – Verhandlungen, die schließlich von vorneherein zum Scheitern verurteilt waren. Saly Mayer hatte in erster Linie nicht über die noch in Ungarn befindlichen Juden verhandelt, sondern vielmehr über die aus Ungarn deportierten und in den von den Deutschen besetzten Gebieten noch lebenden Juden."<sup>82</sup>

Das Telegramm, das Mayer am 26. September nach Budapest schickte, ist uns nicht im Wortlaut bekannt, aber wir wissen, daß Mayer darin seine grundsätzliche Zustimmung zur Eröffnung eines Kontos zugunsten der SS bei einer schweizer Bank erwähnte. Mit diesem Telegramm ging Andreas Biss, Vertreter Kasztners in Budapest, zum dortigen SD-Chef Otto Klages, während Kasztner sich an Becher wandte. Obwohl Mayers Erklärung vollkommen unverbindlich war, schreibt Biss: "Erstaunlich war, mit welcher Erleichterung, ja geradezu Freude sowohl Klages als auch Becher das Telegramm begrüßten und versprachen, seinen Inhalt sofort an Himmler weiterzuleiten."<sup>38</sup>

Mittlerweile hatte Grüson seine Stellung verloren, scheinbar wegen eines Versuchs, gemeinsam mit Kasztner und Biss die Vertreibung der slowakischen Juden zu verhindern – so jedenfalls schilderten es die beiden Zeugen. Statt Grüson kam am 29. September Herbert Kettlitz in Begleitung von Dr. Billitz und Dr. Kasztner an die schweizer Grenze. Becher hielt es wieder für besser, nicht persönlich in Erscheinung zu treten. Kasztner berichtet von Mayers Vorwurf an die Deutschen, mit ihrem Vorgehen in der Slowakei seien sie wortbrüchig geworden. Nach vielem hin und her war er aber doch bereit, Becher einiges Geld zu versprechen. Daraufhin verfaßten Kasztner, Billitz und Kettlitz einen Bericht an Becher, demzufolge Mayer gewillt war, 15 Millionen Franken in drei Monatsraten zu zahlen!! Als Gegenleistung würden drei Bedingungen gestellt, die Kasztner in das Dokument eingefügt haben will: restlose Einstellung der Deportation der slowakischen Juden, Ver-



Jährgang 25 (1977), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977\_2.pdf

<sup>32</sup> Siehe Anmerkung 29. 33 Andreas Biss, Der Stopp der Endlösung, Stuttgart 1966, S. 175.

zicht auf Vertreibung der Budapester Juden und Freilassung der Gruppe in Bergen-Belsen<sup>34</sup>.

Mayers und Wylers Bericht lautet anders. Aus ihm geht hervor, daß Becher sich durch seine Vertreter ein Visum für Zürich verschaffen wollte und Waren verlangte. Mayer sagte, er könne die Waren-Frage nicht erörtern, weil er keine genauen Angaben erhalten habe. Er verlangte die Freilassung der Bergen-Belsen-Gruppe und erklärte, es sei ihm zugesichert worden, daß ihm 2 Millionen Dollar zur Verfügung stünden. Die Deutschen würden dieses Geld zum Kauf von schweizer Waren verwenden können, vorausgesetzt daß sie ihr Vorgehen gegen die Juden einstellen. Verhandelt wurde über alle unter dem NS-Regime lebenden Juden und alle ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland. Mayer nahm die Versicherung Bechers zur Kenntnis, daß keine weiteren Verfolgungen stattfinden würden. In seinem Drahtbericht vom 5. Oktober 1944 betonte McClelland die Tatsache, daß Mayer die Einstellung der Deportationen aus der Slowakei gefordert hatte. Dies widerspricht der Behauptung Kasztners und scheint darauf hinzudeuten, daß die von Kasztner erwähnten Bedingungen nicht von ihm, sondern von Mayer gestellt wurden, und daß die Behauptung, Mayer habe die Zahlung von 15 Millionen Franken (fast 4 Millionen Dollar) in drei Monatsraten versprochen, jeglicher Grundlage entbehrt, Außerdem hatte Mayer bezüglich dieser Besprechung in sein Notizbuch<sup>35</sup> eingetragen, daß er Kasztner "emess" (die Wahrheit) gesagt habe: "Habe nur 5 m. of which 100 000 already spent noch 2 m, \$ in USA. Hull: no goods, no ransom money, but keep negotiations going."

An diesem Punkt müssen wir uns den Parallelverhandlungen zuwenden, die auch in der Schweiz geführt wurden und in die Mayer ebenfalls verwickelt war. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Ungarn begannen verschiedene jüdische Gruppen eine fieberhafte Tätigkeit zu entfalten. Unter ihnen war das "Komitee für Ungarn" (Comité pro Ungarn) in der Schweiz, das von Mihály Bányai geleitet wurde und das zu seinen Mitgliedern den Rabbiner Zwei Taubes, Joszef Mandel und seinen Bruder, den Konsul von San Salvador, George Mantello zählte. Dieses Komitee wieder hatte Kontakte mit Freudiger und Gyula Link, einem reichen orthodoxen Kaufmann in Ungarn einerseits, und mit der schweizerischen Vertretung des orthodoxen Rettungskomitees in den USA, dem Vaad Hahatzalah, das mit dem AJDC auf nicht gerade freundlichem Fuße stand. Der Vaad Hahatzalah war in der Schweiz durch Isaac Sternbuch in Montreux vertreten. Banyai's Komitee nahm nun, unter Mitwissen von Sternbuch, Verbindung mit Schweizern auf, die wegen ihrer Kontakte zu Deutschland bekannt waren. Dazu gehörte der Kaufmann Max Boden, der Diamanten aus Belgien schmuggelte und möglicherweise ein Verwandter des Wirtschaftsberaters der deutschen Botschaft in Budapest, Dr. Boden, war, sowie mit Otto Brindlinger, dem schweizerischen Messerschmidt-Vertreter.

WRB-Archiv, No. 6619, 5. 10. 44, McClelland-Washington; SM 13, Mayers Notizbücher, 29. 9. 44; SM 17, ARBA-Report.



<sup>34</sup> Kasztnerbericht, S. 187.

Diese Leute vermittelten den Kontakt zwischen dem Komitee und einem Mann namens Curt Trümpy in Glarus, der gleichfalls Handelsvertreter war und als Agent der Messerschmidt-Werke auftrat.

Im Auftrag des Bányai-Komitees versuchte Trümpy am 13. Juli 1944 in Wien mit SS-Leuten über die Auswanderung von 20 000 ungarischen Juden nach Rumänien zu sprechen. Ende Juli und Anfang August verfolgten Boden und Trümpy, die oft nach Deutschland reisten, ähnliche und sogar noch kühnere Pläne. Seinen eigenen Aussagen zufolge wurde Trümpy am 12. August nach Deutschland geschickt. In Bregenz verhandelte er mit dem örtlichen SD-Chef, Hauptsturmführer Gottlob Wandel, um zu erfahren, welche Gegenleistung die Nationalsozialisten für die Rettung von Juden verlangten. Zu diesem Gespräch war auch ein höherer SS-Offizier namens Harster aus Verona gekommen, der feststellen sollte, was für ein Mensch Curt Trümpy sei. Man sagte Trümpy, daß nach weiteren Zahlungen ein Teil der Häftlinge aus Bergen-Belsen entlassen würde<sup>36</sup>.

Anfang August hatte Trümpy sich auch mit Saly Mayer in Verbindung gesetzt, der ihn bat, bei seinen Kontaktleuten zu erkunden, in wessen Auftrag Becher sprach. Nicht zu wissen, wer Becher wirklich war, wer hinter ihm stand und ob die Gelder, die ihm ausgezahlt würden – falls Zahlungen überhaupt möglich waren – zur Rettung der Juden beitragen würden, gehörte zu Mayers größten Problemen. In seinem Notizbuch umschrieb er Becher deshalb mit der Bezeichnung "who is who". Durch Trümpy ließ er der SS überdies ein Schreiben zukommen, in dem er verlangte, daß Himmler entweder Becher oder jemandem anderen Instruktionen mit einer klaren Definition der deutschen Politik erteile. Ob dieses Schreiben jemals in Himmlers Hände kam, wissen wir nicht.

Im Oktober begann eine andere Initiative sich auszuwirken. Wie wir schon gesehen haben, versuchte die orthodoxe Gruppe Freudiger-Link jüdische Leben durch Warenzahlung zu retten. Im Laufe von separaten Verhandlungen hatten sie den Nationalsozialisten die Lieferung von etwa hundert Traktoren versprochen und die Brüder Sternbuch in Montreux, mit denen sie in Verbindung stand, um die Bezahlung der ersten vierzig Traktoren gebeten. Sternbuch hatte für diesen Handel nicht genug Geld. Er hatte aber Kontakt mit Trümpy, und seine Organisation stellte Trümpy für die Befreiung einer Gruppe orthodoxer Juden, vor allem des Rabbi von Satmar, Joel Teitelbaum, aus dem Bergen-Belsen-Transport, 100 000 Schweizer Franken zur Verfügung. Was die andern betraf, erklärte Leo Rubinfeld, ein Vertreter Sternbuchs, Trümpy am 8. Oktober 1944, "will der Hilfsverein, dem ich angehöre, von jenen Leuten, die mit dem ungarischen Transport nach Bergen-Belsen kamen, nichts wissen"<sup>37</sup>.

Freudiger und Link, die am 10. August nach Rumänien geflüchtet waren,



<sup>38</sup> Siehe Trümpys Erinnerungen, die zwischen 14. 9. und 9. 11. 1961 in der Schweizer Wochenzeitschrift "Sie und Er" erschienen.

<sup>87</sup> Ebenda, Photokopie des Dokuments in der Ausgabe vom 5. 10. 61. Satmar ist der jiddische Name von Situ Mare (Rumänien).

schrieben Saly Mayer am 13. Oktober, Grüson habe ihnen vor seiner Absetzung gesagt, das Lösegeld selbst sei nicht so wichtig; worauf es ankomme, sei "die Juden, die doch bekanntlich alle Aktionen Englands und der USA dirigieren, dahin zu bringen, daß sie die Alliierten zwingen, den Krieg gegen Deutschland einzustellen . . . Deutschland wäre dagegen bereit, eine gemeinsame Aktion mit den Westmächten gegen Rußland zu unternehmen."<sup>36</sup>

Trotz des beiderseits herrschenden tiefen Mißtrauens wurde Mayer von Sternbuch gebeten, namens des AJDC die Sternbuchschen Rettungsaktionen in Budapest zu finanzieren. Mayer stellte ihm 260000 Franken zur Verfügung, ohne vom Traktoren-Geschäft zu wissen. Als er aufgefordert wurde, das Geld ausdrücklich für die Bezahlung der Traktoren zu überweisen, befragte er zunächst McClelland, der ihm in Übereinstimmung mit der amerikanischen Haltung eine negative Antwort gab. Mayer bezahlte die vierzig Traktoren dennoch. Mayers Archiv (in New York) enthält Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß tatsächlich einige Traktoren nach Deutschland geliefert wurden. Nach dem Kriege sagte McClelland, er wisse nicht das Geringste davon, jedenfalls könne er sich an dieses Geschäft absolut nicht erinnern. Es scheint also als hätte Mayer erst McClelland gefragt, dann aber ganz eindeutig gegen den Rat des USA-Vertreters gehandelt.

Ein zweites, paralleles Vorgehen fand ebenso in der Schweiz statt. Bundespräsident der Schweiz war 1925 und 1930 ein rechtsstehender Mann namens Jean-Marie Musy gewesen. In den dreißiger Jahren deckten sich seine Vorstellungen sehr weitgehend mit jenen der Nationalsozialisten und daher hegte er für Juden keine besonderen Sympathien. Doch 1944, als jedermann sah, daß die Tage des "Dritten Reiches" gezählt waren, wollte sich Musy durch die Unterstützung von Rettungsaktionen für Juden ein moralisches und politisches Alibi verschaffen. Im April 1944 wandte sich eine jüdische Familie in der Schweiz mit einem Hilferuf an ihn und er erreichte die Freilassung von Mitgliedern dieser Familie, die bereits in Drancy waren und auf ihren Transport nach Auschwitz warteten<sup>39</sup>.

Sternbuch nahm Verbindung mit Musy auf und bat ihn, Himmler zu besuchen und mit ihm über die Freilassung der im deutschen Machtbereich lebenden Juden zu verhandeln. Im Oktober – das genaue Datum ist unbekannt – reiste Musy mit seinem Sohn nach Deutschland und kam durch Vermittlung des SD-Chefs Walter Schellenberg mit Himmler zusammen. Er hatte von Sternbuch ein Dokument erhalten, eine Art Nachweis, daß die Vereinigten Staaten angeblich bereit wären, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen und die Überfahrt sowie ihren Unterhalt bezahlen wollten. Schellenberg und Himmler schätzten die Zahl der unter deutscher Herrschaft lebenden Juden auf 600 000. Himmler sagte (laut Musy), er könne sie freilassen, ohne Hitler zu fragen. Doch brauche er Waren, insbesondere Lkw. Musy habe Himmler Medikamente angeboten, was dieser aber zurückwies.

In seinem Bericht schreibt Musy, nach seiner Rückkehr "in Bern [sic!] unter-

<sup>59</sup> SM 21, Musy-Report; auch WRB-Archiv, Final Report by R. D. McGlelland, 31. 7. 45, S. 51 f.



<sup>38</sup> SM 39.

nommene Schritte zur Erlangung einer Bewilligung, den Deutschen eine gewisse Anzahl von Lastwagen, Traktoren und Autos zu liefern, schienen zunächst nicht auf glatte Ablehnung zu stoßen"40. Dies dürfte eine Anspielung auf Sternbuchs Bemühungen sein, mit Hilfe des Geldes von Saly Mayers "Joint" Traktoren aus der Schweiz nach Deutschland zu bringen. Jedenfalls scheint es, daß Himmler durch seine Emissäre Mayer und Trümpy wie persönlich Musy gegenüber das gleiche äußerte. Bis Oktober 1944 verlangte die SS grundsätzlich nur, was sie bereits durch Brand verlangt hatte: Waren, Lastwagen, Traktoren oder zumindest andere unentbehrliche oder fehlende Güter. Im Oktober zeigte sich jedoch sowohl die Rivalität zwischen Becher, Grüson und Kettlitz und ihren jüdischen Partnern einerseits, Musy und Schellenberg andererseits, als auch der Widerstand Kaltenbrunners und Eichmanns gegen beide Seiten und das Lavieren Himmlers zwischen allen. Himmler war sich nicht klar darüber, wer ihm letzten Endes die ersehnten Verhandlungen mit dem Westen ermöglichen würde und operierte sozusagen gleichzeitig an mehreren Fronten, einschließlich jener des totalen Vernichtungskriegs gegen die Juden, zu dem sich Kaltenbrunner, Müller und Eichmann nach wie vor bekannten.

Ein anderer Schauplatz solcher Verhandlungen, der nur kurz gestreift werden soll, weil er damals erst am Rande bestand, war Schweden. Iver Olsen, Vertreter des WRB an der US-Botschaft in Stockholm, kabelte am 28. Juni 1944, daß drei Nationalsozialisten unter der Führung von Kleist, offenbar ein SS-Mann, vorgeschlagen hatten, 2000 Juden aus Lettland gegen Bezahlung von 2 Millionen Dollar – nach einer späteren Version von 2 Millionen Schwedenkronen – freizulassen. Dieses Geld wollten die Deutschen angeblich zur Beschaffung von Medikamenten und nichtstrategischen Gütern in Schweden verwenden. In den ersten Verhandlungen legte Kleist wesentlich weniger Gewicht auf die Geldfrage als auf die freundlichere Einstellung gegenüber Deutschland, die dieser Tausch bewirken könnte. Dieser Annäherungsversuch führte zu keinen Ergebnissen. Im Oktober kam Kleist jedoch wieder nach Stockholm und am 14. Oktober kabelte Olsen, daß Kleist de facto nur zu Verhandlungen über die Evakuierung von 100 000 Esten aus Oesel nach Schweden gekommen war; Juden in Deutschland gegen Lösegeld freizulassen wäre unmöglich, doch wolle sich Kleist für die Befreiung von Juden einsetzen, sobald er wieder in Berlin sei. Kleist behauptete, daß er in Schweden unter Druck stand, etwas zugunsten der Juden zu tun und daß er den Schweden gefällig sein wollte. Seinen eigenen Angaben nach befürwortete er in Berlin eine gute Behandlung der noch lebenden Juden, damit sie Deutschland nach dem Krieg entlasten konnten.

In Schweden gab es bis Anfang März 1945 keine nennenswerten Fortschritte, doch in der Schweiz hörte Mayer von den Kontakten zwischen Kleist und dem WRB und hatte den Eindruck, das seien Annäherungsversuche, die mit denen von Becher und Konsorten parallel gingen.



<sup>49</sup> SM 21, ebenda.

206 Yehuda Bauer

Um diese Zeit, d. h. im Oktober 1944, hielt Mayer es für angemessen, die Verhandlungen über Geld- oder Warenlieferungen, was er ja beides weder besaß noch versprechen konnte, auf eine höhere Ebene, auf das Rote Kreuz, zu verlagern. Dieses konnte wohl helfen, die Juden im deutschen Herrschaftsbereich am Leben zu erhalten. Er entschloß sich dazu hauptsächlich deshalb, weil die Zahl der Juden, die in die Schweiz kommen konnten, jedenfalls relativ klein sein würde. Außerdem mußte er durchzusetzen versuchen, daß die Verhandlungen sich auf alle Juden unter dem NS-Regime bezogen – wofür er in seinem hebräischen Code das Wort "klal" (allgemein) gebrauchte -, während für Kasztner das Schicksal der Budapester Juden vorrangig war. Mayer dachte aber auch daran, von seiner unerfüllbaren Aufgabe zurückzutreten. Hatte er nicht den Nazis Versprechungen gemacht, die er nicht nur nicht erfüllen konnte, sondern die zu machen ihm verboten war? Die jüdischen Organisationen kritisierten und haßten ihn wegen der Heimlichkeit und Undurchsichtigkeit seiner Verhandlungen, während ihm selbst die Hände gebunden waren. Er konnte nicht sagen, daß er in Wahrheit einen Betrug von ungeheurem Ausmaß beging - er, der ehrenhafte Industrielle, die bekannte Persönlichkeit, der unbestechliche Saly Mayer. Im übrigen unterstützte ihn seine Organisation, das "Joint", nur sehr wenig.

Zwischen den Kräften, die seine Marschrichtung bestimmten wie McClelland und dem Polizeichef Dr. Rothmund stand er faktisch allein als Repräsentant einer nichtexistenten jüdischen Macht im Kampf gegen die finstere Gewalt des Nationalsozialismus. Auch wußte er nicht "who is who" – wer war Becher, besaß er wirklich Vollmachten von "Shamayim" (Himmel), wie Himmler in Mayers Notizen genannt wurde? Wer waren die Nazis, mit denen Trümpy zu tun hatte? Und was war das eigentliche Ziel, das Becher und seine Mitarbeiter verfolgten außer der Absicht, sich ein Alibi zu verschaffen und so viel Ware und Geld zu erpressen wie nur irgend möglich?

McClelland und Mayer war die Beschaffung von schweizer Visa für den deutschen Einkäufer Kettlitz sowie für Becher, Billitz und Kasztner gelungen. Ein diesbezügliches Telegramm traf am 25. Oktober in Budapest ein, zehn Tage nach der Absetzung Horthys durch die Deutschen und dem Machtantritt der Salaszi-Partei. Billitz und Kasztner kamen am 29. Oktober nach St. Gallen. Kasztner zufolge wurden sie von Mayer abgeholt, der ihnen heftige Vorwürfe machte, daß sie Schwalb von ihrem Kommen verständigt hatten, und seinen Rücktritt von der Verantwortung androhte. Billitz machte den Vorschlag, die Zahlungen an die Deutschen über den ungarisch-schweizer Handelsvertrag durchzuführen, der noch nicht angewendet wurde, doch von den Westmächten gebilligt war. Kasztner behauptet, daß Mayer dieser Gedanke nicht besonders entzückte und er gesagt habe, die Sache sei von den Schweizern abhängig. Nach direkten Verhandlungen in Bern erhielt Billitz die Genehmigung der schweizer Regierung, aber das ganze führte zu nichts.

Am 2. November kamen Becher und Kettlitz in die Schweiz. Aus dem Verhalten Kettlitz' zog Mayer den Schluß, daß er nicht wußte, was er kaufen sollte, von der schweizerischen Industrie keine Ahnung hatte und sein Verhältnis zur deutschen



Botschaft sehr schlecht war. Wyler und den Mayerschen Aufzeichnungen zufolge hatte sich Becher am 4. November mit der Tatsache abgefunden, daß Lastwagen nicht zu bekommen waren, daß aber auch andere Güter "deutsches Blut" bewahren würden, wofür die Deutschen bereit wären, "jüdisches Blut" zu schonen. Geld, das nicht in Ware umgesetzt werden könne, habe keinen Wert. Wäre die Beschaffung von Ware binnen 2-3 Wochen möglich? Becher berief sich auf die Meinung Himmlers, daß hunderttausende Juden ausreisen könnten, wohin sie wollten, ausgenommen nach Palästina, weil das Reich den arabischen Führern gegenüber Verpflichtungen habe. Mayer versprach, die deutschen Wünsche weiterzuleiten.

Kasztner zitiert in seinem Bericht ganz andere Äußerungen Bechers, die ihm sehr bedenklich erschienen waren. Kasztner zufolge hatte Becher gesagt, die Nazis seien bereit, weitere jüdische Gruppen in die Schweiz zu entlassen und zusätzliche Kategorien unter die Kontrolle des Roten Kreuzes zu stellen. Die Deportation der slowakischen Juden aber rechtfertigte Becher aus militärischen Gründen und teilte mit, die Budapester Juden würden ins Reich deportiert. Mayer sprach von der Neutralität der Schweiz und verlangte, daß menschliche Schicksale nicht nach Geschäftsgrundsätzen entschieden werden sollten. Man solle statt dessen über Leistung und Gegenleistung verhandeln. Die Widersprüche in den Dokumenten lassen eine klare Beschreibung der Besprechungen am 4. November leider nicht zu<sup>41</sup>.

Am folgenden Tag, dem 5. November (nach Wyler am 6. November), fanden Verhandlungen zwischen McClelland, Mayer und Becher statt. Über diese Besprechung gibt es Berichte von Wyler, der Mayers Aufzeichnungen benutzte, Kasztner und McClelland<sup>42</sup>. Diesen Berichten ist zu entnehmen, daß Becher von Mayer offenbar lang ins Gewissen geredet wurde und ihm Mayer sogar aus dem Reader's Digest einen Aufsatz von Dorothy Thompson über Nazi-Deutschlands bevorstehende Niederlage vorgelesen hatte. Danach verlangte Becher die Zahlung in Waren und erwähnte 20 Millionen Franken. Die Gegenforderungen Mayers waren in einem Schreiben enthalten, dessen 12 Punkte er den SS-Leuten bereits durch Trümpy hatte zukommen lassen. Die wichtigsten Punkte betrafen die Einstellung der Morde an Zivilisten, Juden wie Nichtjuden, und die Umsiedlung von Waisenkindern in die Schweiz. Gleichzeitig konnte Mayer ein Telegramm, das mit dem 29. Oktober datiert und von Hull unterzeichnet war, vorlegen, wonach das WRB einen Kredit von 20 Millionen Franken bewilligte, der Mayer zur Verfügung stehen sollte und dessen Bedingungen später von der Regierung der Vereinigten Staaten festgesetzt würden.

Kasztner behauptet<sup>48</sup>, Mayer habe das Unterbleiben der Deportation der Buda-



<sup>41</sup> Über die Verhandlungen in Schweden siehe WRB-Archiv No. 274, 28. 6. 44 aus Stockholm; ebenso No. 279, 10. 8. 44, u. No. 281, 28. 3. 45. Über die Besprechungen vom 4. 11. 44 siehe Kasztnerbericht, S. 208; SM 14 u. 17.

<sup>42</sup> SM 17; Kasztnerbericht, S. 211-216; Interview mit Herm McClelland, Oral History Dept., Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University, 13. 7. 1967.

<sup>48</sup> Kasztnerbericht, ebenda.

208

pester Juden nicht zur Bedingung gemacht. Diese Bedingung war, seinen Angaben zufolge, in einem Dokument enthalten, das er, Kasztner, Becher im Beisein Mayers vorgelegt hatte. Nach einem heftigen Wortwechsel war Becher nur damit einverstanden, daß Kinder, alte Leute und Kranke nicht aus Budapest deportiert werden. Auch Kasztners Vorschlag hinsichtlich eines Schutzes durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wurde von Becher zurückgewiesen, der erklärte, das IKRK würde nur die verschiedenen Kategorien der zu deportierenden Juden überprüfen dürfen.

Der Einkäufer Kettlitz blieb in der Schweiz. Mayer erwartete offenbar ungeduldig die Überweisung der 5 Millionen Dollar (20 Millionen Franken) aus den USA. auf sein Konto. Ein Telegramm des State Department vom 21. November, die Antwort auf das Telegramm McClellands vom 16. November, in dem auch über die Besprechung mit Becher berichtet und die Geldmittel angefordert wurden, brachte Mayer jedoch in eine äußerst schwierige Lage. Stettinius teilte mit, daß das von Mayer und McClelland vorgeschlagene Unternehmen "nicht (wiederhole nicht) vom WRB in irgend einer Weise unterstützt werden kann und das Amt zudem der Meinung ist, daß keine (wiederhole keine) Mittel aus irgendeiner Quelle zur Durchführung dieses Unternehmens benützt werden sollen". Somit hatte Mayer auch keine Möglichkeit, die ihm aus anderen Quellen zur Verfügung stehenden Beträge für die Lösegeldzahlung zu verwenden. Beantwortet war in dem Telegramm auch Mayers Bitte, sein Gesuch um Geld zu bewilligen, widrigenfalls die Verhandlungen unterbrochen würden: "Das Amt vertraut auf Ihre Einsicht, daß infolge der jüngsten militärischen Entwicklungen jeder Tag, der gewonnen werden kann, von zunehmender Bedeutung ist."

Mayers Position wurde unhaltbar und er erwog die Möglichkeit, allen Verhandlungen fernzubleiben, da er seine Versprechen nicht einlösen konnte. Ein weiterer Schlag für ihn war am 30. November die Mitteilung, daß Dr. Schwartz, Direktor des "Joint" in Europa, tatsächlich in die Schweiz kommen werde, sich aber mit Rücksicht auf Mayers schweizerische Staatsbürgerschaft in die von Mayer geführten Verhandlungen nicht einmengen dürfe<sup>44</sup>.

Inzwischen hatte am 8. November der von Eichmann organisierte berüchtigte Todesmarsch der Budapester Juden begonnen, der bis Ende November dauerte. Viele Tausende wurden gezwungen, zu Fuß zur österreichischen Grenze zu gehen, und Unzählige starben unterwegs.

Becher bekam um dieselbe Zeit gerüchteweise zu hören, was in der Schweiz vorging. Der nutzlose Einkäufer Kettlitz, der - wie Wyler und Mayer bezeugen - sein Privatleben in der Schweiz genoß, hatte am 18. November nach Budapest telegrafiert, daß Geld nicht vorhanden sei und offenbar auch nicht kommen werde. Kettlitz war jedoch mit den Sternbuch-Leuten in Verbindung getreten und sie scheinen ihm versprochen zu haben, die finanziellen Forderungen der Deutschen besser zu erfüllen. Sternbuch schickte entsprechende Vorschläge in die USA, und

<sup>44</sup> WRB-Archiv No. 3932, 18. 11. 44. Mayer erhielt das Telegramm am 21. 11., SM 14.



das Vaad Hahatzalah wandte sich daraufhin an die Regierung der Vereinigten Staaten. Stettinius fragte bei McClelland telegraphisch an, was er davon halten solle. Sternbuch sah die Kettlitzschen Vorschläge im Zusammenhang mit den Bemühungen Musys und verlangte von McClelland, daß ihm 10-20 Millionen Franken für die Freilassung von Juden im deutschen Machtbereich geschickt werden sollten. McClelland traute weder Sternbuch noch Musy. In einem Telegramm vom 9. 12. 44 an das WRB verwies er auf die "Unklarheit und Unzuverlässigkeit dieses ganzen Projekts" und riet von seiner Unterstützung ab<sup>45</sup>.

Das Telegramm vom 18. 11., das Kettlitz nach Budapest geschickt hatte, veranlaßte Becher, zur Berichterstattung zu Himmler zu fahren. Am 20. November schickte ihm Kasztner, ohne Mayer zu informieren, ein Telegramm aus Budapest, das besagte, die 20 Millionen seien angelangt; Mayer arbeite Tag und Nacht, um die technischen Hindernisse zu überwinden. Die Behauptung, daß die Zahlung unsicher sei, wäre falsch<sup>46</sup>. Diese Kasztnersche Überlieferung klingt seltsam. Becher kannte Kasztner recht gut und wußte über die Art seiner Verbindung mit Mayer Bescheid. Möglicherweise hatten die beiden im voraus vereinbart, Becher solle ein Telegramm dieses Inhalts bekommen, wenn er bei Himmler sei, um damit seine Position beim Reichsführer zu stärken.

Inzwischen hatte sich die rumänische Regierung, die damals schon an der Seite der Alliierten kämpfte, bereit erklärt, Juden aus dem nördlichen Siebenbürgen, die von den Deutschen deportiert worden waren und als rumänische Staatsbürger angesehen wurden, gegen siebenbürgener Volksdeutsche auszutauschen. Dieses Angebot scheint auf die Nationalsozialisten großen Eindruck gemacht zu haben, weil es ihnen offenbar zeigte, daß es sich lohne, Juden im Interesse dessen, was sie als "deutsches Blut" bezeichneten, am Leben zu lassen. Becher zufolge, der im November von den Besprechungen mit Himmler zurückgekehrt war, hatte Himmler schriftliche Weisungen gegeben, die Vergasungen einzustellen, nachdem entsprechende mündliche Weisungen bereits im Oktober und vielleicht früher ergangen waren. Offenbar aufgrund einer ähnlichen Weisung wurde Ende November sogar der Todesmarsch aus Budapest eingestellt<sup>47</sup>.

Am 27. November 1944 telegrafierte Kettlitz, er könne Mayer seit zehn Tagen nicht mehr erreichen. Er, Kettlitz, wolle die Schweiz verlassen. Tatsächlich war er aber ausgewiesen worden. Eichmann, Becher, Kasztner und Billitz trafen sich in Budapest und Billitz riet zu einer neuen Reise an die Grenze. Das ursprünglich nur achtzehnstündige Ultimatum für einen eindeutig positiven Bescheid aus der Schweiz, das am 24. November ablaufen sollte, war bis zum 2. Dezember verlängert worden. Von einem positiven Bescheid hing ab, ob die in Bergen-Belsen verbliebenen Deportierten gerettet und ob die Verfolgung insbesondere der Juden in Ungarn und im allgemeinen der Juden unter dem deutschen Regime fortgesetzt werden



<sup>45</sup> WRB-Archiv, No. . . . McClelland-Washington, 9. 12. 44.

<sup>46</sup> Kasztnerbericht, S. 235.

<sup>47</sup> Ebenda, S.242; über die rumänische Intervention siehe u.a. Braham, a.a.O., S. 750.

sollte oder nicht. Trümpy teilte dieses Ultimatum gleichzeitig Mayer und dem schweizerischen Bundespräsidenten v. Steiger mit, um auf eine Zahlung zu dringen48.

Billitz, Kasztner und ein neuer Vertreter Bechers, ein SS-Hauptsturmführer Krell, trafen am 29. November mit Kettlitz und Rubinfeld von der Sternbuch-Gruppe zusammen, wobei Rubinfeld versicherte, er habe tatsächlich nur eine Million Franken, würde aber mehr bekommen. Anderntags sprach Kasztner auch mit Schwalb und Wyler und ließ sie wissen, Becher sei auf Mayer ziemlich böse, da er sich "von einem alten Juden an der Nase herumgeführt" fühle<sup>49</sup>.

Am 1. Dezember sprachen Kasztner und Mayer unter vier Augen. Im Lauf des Gesprächs schenkte Mayer Kasztner reinen Wein ein: Er könne vielleicht 4 Millionen Franken zusammenbringen, doch wäre es besser, dieses Geld dem Roten Kreuz zu übergeben. Seiner Meinung nach könne er nicht weiterverhandeln, weil er nichts anzubieten habe. Auch Krell erfuhr, daß Mayer kaum 4 Millionen Franken anzubieten hatte, und weder 15 noch 5, über die die Verhandlungen liefen<sup>50</sup>. Aber auch die geringste Zahlung stand im Widerspruch zu den Weisungen, die Mayer von den Amerikanern erhalten hatte.

Und doch hatte Saly Mayer inzwischen auch mit Zahlungen für die von Sternbuch bestellten Traktoren begonnen. Am 13. September erhielt Sternbuch, ohne daß McClelland davon erfuhr, 260 000 Franken. Am gleichen Tag bezahlte Mayer 64 750 Franken für 3500 kg Kaffee und am 30. November der "Willi"-Gesellschaft 69 200 Franken für die ersten vier Traktoren, die den Deutschen geliefert wurden. Am 19. Dezember erhielt diese Gesellschaft weitere rund 145 200 und Anfang Januar abermals rd. 104 000 Franken für Traktoren, die nach Deutschland verfrachtet wurden<sup>51</sup>.

Mayer befand sich aber in einer Klemme. Die Beträge, mit denen er jonglieren konnte, waren klein und die Forderungen der Deutschen sehr hoch. Kasztner half ihm nun mit einer trickreichen, aber entscheidenden Intervention. Am Abend des Dezember brachte er Krell und Kettlitz dazu, Becher ein Telegramm zu schicken, in dem kein einziges wahres Wort stand. Es besagte einmal, daß 5 Millionen Franken zur Verfügung stünden und wies andererseits darauf hin, daß die noch nicht vollzogene Freilassung der letzten Leute aus Bergen-Belsen eine große Behinderung für den Abschluß der Sache darstelle. Hier erscheint Kasztners Bericht durchaus glaubhaft, denn Mayer war offensichtlich in einer verzweifelten Stimmung. Kasztners Eingreifen schien die Situation zu retten. In seiner Antwort vom 4. Dezember versprach Becher, daß den Budapester Juden, die damals in ein Ghetto zusammengezogen wurden, mittlerweile nichts Böses zustoßen würde; er verlangte aber die Bezahlung der restlichen 15 Millionen Franken.



<sup>48</sup> Siehe Anmerkung 36 und SM 14.

<sup>49</sup> Kasztnerbericht, S. 241-246; SM 14.

<sup>50</sup> Kasztnerbericht, S. 248; Kasztners Version wird durch die Eintragungen in Mayers Notizbüchern bestätigt.

<sup>51</sup> SM 21 (2).

Bei der nächsten Zusammenkunft am 5. Dezember war Mayer wieder frisch und energisch. Er erklärte dem SS-Vertreter Krell, die Verzögerung der Zahlungen sei auf die fortgesetzten Verfolgungen zurückzuführen. Die amerikanische Seite könne die deutschen Vorschläge nicht ernst nehmen, solange Todesmärsche organisiert und die Leute in Bergen-Belsen nicht freigelassen würden. Wyler war entsetzt, als er hörte, daß Krell ein Telegramm an Becher geschickt und die Bezahlung eines Betrages zugesagt hatte, den es nicht gab. Mayer versprach, sein Bestes zu tun, um zunächst so viel Geld zu beschaffen, daß wirklich Waren gekauft werden konnten. Saly Mayer gelang es aber auch – und das war das Wichtigste –, Krell mit dem Gedanken vertraut zu machen, die Juden im deutschen Machtbereich mit Hilfe des Roten Kreuzes am Leben zu erhalten<sup>52</sup>. In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember brachte ein Eisenbahnzug die restlichen 1368 Juden aus dem Kasztner-Transport von Bergen-Belsen in die Schweiz – nach monatelangen Verhandlungen und internen Auseinandersetzungen auf deutscher Seite.

In den folgenden Tagen forderte Becher erneut die restlichen 15 Millionen Franken, in der Annahme, die ersten 5 Millionen ständen bereits zur Verfügung. Kasztner – er hatte ein Visum für die Schweiz erhalten – traf jetzt mit den Brüdern Sternbuch und Dr. Schwartz zusammen, der vorübergehend in der Schweiz war. Schwartz erklärte Mayer, daß das "Joint" nicht in der Lage sei, so hohe Summen zu bezahlen, wie die Deutschen sie forderten. 1944 würden seine Gesamteinkünfte etwa 15 Millionen Dollar betragen, von denen 6,5 Millionen oder fast 43 Prozent an Mayer überwiesen wurden. Die Gelder des "Joint" reichten nicht zum Kauf von kriegswichtigem Material um dutzende Millionen Dollar. Mayer machte aber Schwartz den Vorschlag, für "Unterkunft und Verpflegung", wie er es nannte, d. h. für die Deckung der minimalsten Unterhaltskosten der noch unter der NS-Herrschaft lebenden Juden durch das Rote Kreuz, 5 Millionen zu zahlen. Schwartz akzeptierte diesen Vorschlag.

Mayers Ansicht, die Deutschen würden einem solchen Vorschlag zustimmen, überraschte McClelland, aber er brachte ihn am 13. Dezember 1944 dem WRB telegraphisch zur Kenntnis. McClelland verlangte 20 Millionen Franken "oder, wenn nicht in Bargeld, den Gegenwert in Lebensmitteln, Kleidern, Schuhen und Medikamenten". Er selbst hatte auf das Problem der indirekten Unterstützung der Deutschen verwiesen, die dadurch erfolge, daß die Juden von den Westmächten ernährt und von den Deutschen dann für Zwangsarbeiten im Interesse Deutschlands eingesetzt würden, doch befürwortete er Mayers Vorschlag und erbat für ihn "alle nur mögliche Unterstützung". Washington reagierte darauf am 19. Dezember mit der Frage, ob die geeigneten Waren in der Schweiz überhaupt zu beschaffen seien und ob eine Garantie bestehe, daß diese Waren tatsächlich in jüdische und nicht in deutsche Hände kämen. Überdies sei die Zustimmung der wichtigsten Verbündeten zu dieser Sache notwendig. McClelland antwortete am 28. Dezember,



<sup>52</sup> WRB-Archiv, No. 8118, McClelland-Washington, 13. 12. 44.

daß er die Frage mit Mayer und Schwartz beraten habe und die sofortige Überweisung von 20 Millionen Franken "für unerläßlich" halte. Schwartz habe ihm gesagt, das Geld, dessen Verwendung selbstverständlich entsprechend kontrolliert werden müsse, würde aus jüdischen Quellen in den Vereinigten Staaten kommen. Schwartz sehe keinen Grund zur Eile, es auszugeben und wenn die Beschaffung von Lebensmitteln schwierig sein würde – umso besser. Sicherlich gebe es in der Schweiz keine geeigneten Lebensmittel für 20 Millionen Franken und wenn sie verlangt werden, müßten sie aus dem Ausland importiert werden. McClelland betrachtete den Transport aus Bergen-Belsen als Beweis, daß die Absichten der SS ernst waren<sup>53</sup>.

Das ersehnte, von Stettinius unterzeichnete Telegramm, das die Überweisung der 20 Millionen Franken durch das "Joint" an Mayer bestätigte, kam am 7. Januar 1945. Bedingung war, daß keine Ausgabe ohne Genehmigung der amerikanischen Regierung gemacht werde. Das Telegramm enthielt auch den Hinweis, die Überweisung erfolge "nur, um Saly Mayer etwas Greifbares in die Hand zu geben, womit er die Verhandlungen fortsetzen und weitere kostbare Zeit gewinnen kann." Am 26. Januar erhielt Mayer die Mitteilung, dieses Geld könne keinesfalls ohne seine und die Unterschrift von McClelland abgehoben werden. Zwischen McClellands erneuter Bitte um die Zahlung und einer positiven Beantwortung waren drei wertvolle Wochen verstrichen.

Im Lauf dieser Wochen hatte Mayer dem in der Schweiz verbliebenen Kasztner klargemacht, daß die Deutschen keinerlei Anrecht auf irgendeine Entschädigung für den Transport aus Bergen-Belsen hätten, weil sie in Budapest bereits den vollen Betrag erhalten hatten. Dies war an die Adresse Himmlers gerichtet, der – laut Kasztner – für jeden freigelassenen Juden 1000 Dollar verlangte. Mayer verhandelte außerdem mit dem Roten Kreuz und erhielt dessen grundsätzliche Zusage, sich um die Juden in den Lagern und Ghettos zu kümmern.

Dieweil hatte Becher – so die Aussage Kasztners – seine schützende Hand über das Budapester Ghetto gehalten und in diesem Zusammenhang den SS-General Winkelmann veranlaßt, den ungarischen Minister Kovacs in sein Haus zu bitten und ihm zu erklären, jeder Schlag gegen das Ghetto sei ein Schlag gegen die deutschen Wirtschaftsinteressen. Das Verhalten Bechers in den Tagen der Belagerung Budapests läßt darauf schließen, daß er die Schritte, die er bezüglich der Juden unternehmen wollte, mit Himmler beriet. Gleichzeitig aber erpreßte er von Andreas Biss Lastwagen als Zahlung für diese Schritte. Biss wandte sich an einen deutsch-slowakischen Kaufmann namens Alois Steger, der Becher wissen ließ, er könne über die Fahrzeuge verfügen. Es ging um Fahrzeuge, die inzwischen von der Wehrmacht beschlagnahmt worden waren und die Becher später von der Armee zurückholen sollte, was er selbstverständlich nicht konnte. Nach dem Krieg ver-

<sup>58</sup> WRB-Archiv, No. 4273, Washington-Bern, 19, 12, 44, u. No. 8390, McClelland-Washington, 28, 12, 44.



langte Steger Geld für diese Fahrzeug-"Lieferung" und drohte wegen dieser Sache noch 1961 dem "Joint" mit einem Prozeβ<sup>54</sup>.

Eine Woche nach dem Eintreffen der Mitteilung, daß die 20 Millionen Franken in die Schweiz überwiesen würden – zwischen dem 13. und 16. Januar – wurde Pest und einen Monat später auch Buda von den Sowjets befreit. Die zweite Phase der Verhandlungen war damit beendet.

Die dritte und letzte Phase der Verhandlungen hatte am 1. Januar 1945 begonnen, als Musy in dem süddeutschen Kurort Wildbad wieder mit Himmler zusammentraf. Musy berichtet, daß Himmler bei dieser Gelegenheit 5 Millionen Franken verlangte, über die Musy verfügen sollte. Musy sollte dieses Geld dem Roten Kreuz übergeben und dieses dem notleidenden deutschen Volk Medikamente und Lebensmittel liefern. Von Sternbuch will Musy darauf hingewiesen worden sein, daß das Vaad Hahatzalah die einzige Organisation sei, die für diese Verhandlungen in Frage komme, da sich das "Joint" als unpolitische Vereinigung nur mit Wohltätigkeitsaktionen befasse. Von Saly Mayer hieß es, er behindere Musys Mission.

Nach der Rückkehr Musys in die Schweiz telegrafierte Sternbuch an seine Organisation und das WRB in Amerika, er könne 30 000 Juden gegen Bezahlung von 5 Millionen Dollar befreien. Jeden Monat würden 1500 Juden befreit und für jeden Transport sollten 250 000 Dollar bezahlt werden. Die an Sternbuch bereits überwiesenen, in einer schweizer Bank deponierten 250 000 Dollars würden für die Bezahlung des ersten Transport verwendet. Am 25. Januar erkundigte sich das WRB telegraphisch bei McClelland, was an dieser Geschichte wahr sei. McClelland erwiderte drei Tage später, daß Sternbuch jede Zahlung an Himmler geleugnet habe. Musy erhielt von Sternbuch 50 000 Franken; weitere 10 000 Franken verlangte er von einer Privatperson, deren Angehörigen er die Ausreise aus Deutschland ermöglicht hatte<sup>55</sup>.

Am 21. Januar fuhr Musy wieder nach Deutschland. Die meisten Verhandlungen führte er mit Schellenberg und als deren Ergebnis kam am 7. Februar ein Transport mit 1210 Personen aus Theresienstadt in die Schweiz. Am 6. Februar erklärte Musy bei einer Zusammenkunft mit McClelland und Sternbuch, für die Freilassung aller noch unter dem NS-Regime lebenden Juden würden insgesamt noch 5 Millionen Franken gefordert. McClelland nahm an, daß Musy mit Himmler nicht nur über Juden gesprochen habe und daß "die Freilassung der Juden ein Auftakt zu Vorschlägen ist, die für die Deutschen weit größere Bedeutung haben" 56.

Am 16. Februar erhielt Sternbuch einen einstweiligen Bankkredit von 5 Millionen Franken, was er Musy berichtete. Er bat nun, daß 937 000 Dollar (5 Millionen



<sup>54</sup> SM 42; Kasztnerbericht, S. 260-266; Nürnb. Dokument NG 5230, Bechers Aussage vom 24. 5. 1948; über die Sendung der 20 Millionen Franken siehe WRB-Archiv, No. 102, Washington-Bern, 6. 1. 45 und FRUS 1945, Bd. 2, S. 1121.

<sup>65</sup> WRB-Archiv, No. 424 u. No. 605 von Bern, 25, u. 28, 1, 45,

<sup>66</sup> WRB-Archiv, No. 881, McClelland-Washington, 8. 2. 45.

214

Franken) an ihn überwiesen werden, um diesen Kredit und allfällige Zahlungen an Musy zu decken. Musy hielt sich bereit, die Schweiz mit einer Bestätigung der Bank zu verlassen, daß jene 5 Millionen Franken dem Konto Sternbuchs tatsächlich gutgeschrieben waren, verlangte aber auch, daß die schweizerische und die amerikanische Presse auf Himmlers humanitäre Geste, nämlich die Freilassung der 1210 Juden aus Theresienstadt, positiv reagiere<sup>57</sup>.

In den USA wandte sich das Vaad Hahatzalah an das "AJDC" mit der Bitte, die 937 000 Dollar an Sternbuch zu zahlen. Das "Joint" bewilligte den Kredit, unterließ es aber, Mayer davon zu verständigen. Am 28. Februar wurde die Bestätigung des Transfers an McClelland geschickt. Das Geld konnte jedoch nur mit ausdrücklicher Genehmigung des WRB und der gemeinsamen Unterschrift von Sternbuch und McClelland behoben werden und durfte nicht der Zahlung von Lösegeldern dienen, war also an ähnliche Bedingungen gebunden wie die 20 Mill. Franken von Mayer.

Auf einer weiteren Deutschlandreise konnte Musy zwar die Bankbestätigung vorlegen, aber die Pressekommentare, die inzwischen in den USA und der Schweiz erschienen waren, hatten das Gegenteil dessen bewirkt, was Himmler und seine Leute erwarteten. Hitler war über Himmlers Vorgehen empört, und Kaltenbrunner erhielt ein ausdrückliches Verbot, auch nur einem einzigen Juden das Verlassen des täglich schrumpfenden Reichsgebiets zu gestatten. Die Rivalität der Spitzenfunktionäre der verschiedenen SS-Einheiten bei der Suche nach einem Alibi durch judenfreundliche Maßnahmen erreichte einen Höhepunkt. Musy behauptet, ihm sei in Berlin gesagt worden, daß "Sally [sic!] alles in ihrer [sic!] Macht Stehende getan hat, um die Aktionen des Komitees in Montreux zu stoppen"59. Seinem Bericht zufolge gelang es ihm noch 61 Juden zu retten - es scheint sich aber um aus Preßburg herausgeschmuggelte Juden gehandelt zu haben, die Becher bereits auf sein Konto genommen hatte. Musys Sohn Benoît, der am Vorabend der Befreiung, dem 9. April, in Buchenwald und zwei Tage später in Bergen-Belsen war, erklärt überdies, auf die Einhaltung von Himmlers Versprechen geachtet zu haben, die Konzentrationslager mit ihren Insassen den Alliierten unversehrt zu übergeben und die Frauen aus Ravensbrück freizulassen<sup>59</sup>.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Verhandlungen, die, wie wir heute wissen, gleichzeitig durch Himmlers Masseur Felix Kersten, Musy und seinem Sohn sowie Becher geführt wurden, der letzte verzweifelte Versuch Himmlers und seiner Leute waren, sich und vielleicht auch ein Minimum ihres Ansehens aus den Trümmern des zusammenbrechenden Reichs zu retten. Mayer nützte die chaotische Situation für verschiedene Einzelversuche aus, mit örtlichen SS-Vertretern durch Rote Kreuz-Delegierte – wie z. B. in Preßburg durch Georges Dunant, in Wien durch

Aussage von Benoît Musy im Schellenberg-Prozeß, 8. 5. 1948, Dok. No. 51.



SM 21; Musys Aussage im Schellenberg-Prozeß, 8. 5. 48, Dok. No. 50 in den Prozeßakten Schellenberg.

<sup>58</sup> SM 21, Musy-Report.

Dr. Lutz Thudicum – zu verhandeln, um das Leben der Überreste der europäischen Judenheit in diesen letzten Monaten des Reichs zu retten.

Diese verschiedenen miteinander wetteifernden Rettungsversuche veranlaßten Himmler zu der Überlegung, mit welcher Seite zu verhandeln für die SS am nützlichsten sei. Nach der Besprechung mit Musy am 15. Januar notierte er, daß Musy es übernommen habe, die Frage "who is who" zu klären: "Wer ist derjenige, mit dem die amerikanische Regierung wirklich in Verbindung ist. Ist es ein Rabbiner-Jude oder ist es die Jioint [sic!]?"60 Der Erörterung dieser Probleme diente auch die Zusammenkunft Bechers, Kasztners, Krells und Kettlitz in Wien am 29. Januar (Dr. Billitz war inzwischen in Wien an Typhus gestorben). Krell und Kasztner wurden in die Schweiz geschickt um festzustellen, ob Mayer das Geld bekommen und auf Bechers Konto eingezahlt habe. Mayer wurde gebeten, dafür zu sorgen, daß Becher nochmals in die Schweiz reisen könne. Becher fuhr nach Berlin, um die Sache mit Himmler zu besprechen. Wylers Aufzeichnungen zufolge verlangte Krell am 1. Februar (nicht am 31. Januar, wie Kasztner schrieb) den Betrag von 4 Millionen Franken, den Mayer auszahlen sollte. Weitere 15 Millionen Franken sollten dem Roten Kreuz übergeben werden, doch deponiert bleiben, bis Becher sie für Einkäufe in der Schweiz verwendet, wobei Mayer als Käufer auftreten sollte. McClelland schien dieses Verlangen unklar und er beauftragte Mayer mit Erkundigungen, ob es nicht möglich wäre, dem Roten Kreuz die ganzen 19 Millionen Franken "für den Unterhalt von Juden unter deutschem Schutz" zu überweisen<sup>61</sup>.

Am 5. Februar erhielt Krell aus Berlin die Weisung, seine Verhandlungen mit Mayer abzubrechen, da die Verhandlungen mit Musy binnen wenigen Tagen "verbüffende" Ergebnisse zeitigen würden. Am 7. Februar faßten Krell und Mayer den Entschluß, Becher an die Grenze zu rufen. Am 11. Februar wurde Krell von Mayer der Brief gezeigt, in dem die Bank die Einzahlung der 20 Millionen Franken bestätigt hatte. Es war aber ausgeschlossen, Becher das Geld zur Verfügung zu stellen. Becher wollte nochmals mit McClelland sprechen, um Himmler beweisen zu können, daß es seine Verbindungen waren und nicht jene von Schellenberg-Musy, die den Kontakt mit den Vereinigten Staaten hergestellt hatten. Am 11. Februar führten Becher, Krell, Mayer und Kasztner das letzte Gespräch an der Landesgrenze. Mayer versprach, eine Zusammenkunft mit McClelland zu arrangieren, dazu kam es aber nicht mehr.

Mayers Versuche, die Juden unter den Schutz des Roten Kreuzes zu stellen, entsprachen den in Skandinavien im Februar und März in der gleichen Absicht unternommenen Schritten und der neuen Einstellung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Saly Mayer informierte Dr. Carl Burckhardt über den ganzen Verlauf der Verhandlungen und bat ihn um seine Intervention. Es ist allgemein bekannt, daß Burckhardt — ob in Zusammenhang mit Mayers Verhandlungen oder nicht — tatsächlich in Deutschland zugunsten der KZ-Häftlinge intervenierte.



Yad Vashem-Archiv, Jerusalem, O-51/DN-39/2119.

<sup>61</sup> SM 17; Kasztnerbericht, S. 291.

216

Yehuda Bauer

Nach dem Krieg wurde Mayer von Musy (mit Unterstützung Schellenbergs und Sternbuchs) vorgeworfen, er habe die schweizerische Presse zur Meldung der Ankunft des Transports aus Theresienstadt veranlaßt; Musy zufolge hätte Mayer Gerüchte verbreitet, er – Musy – habe Himmler gewissermaßen als Gegenleistung für die Befreiung von Juden versprochen, 250 prominente Nazis zu retten. Dies seien angeblich die Gründe gewesen, warum Kaltenbrunner im Februar bei Hitler Einspruch erhob und Hitler sofort jeden weiteren Austausch von Juden verbot<sup>62</sup>.

Alle diese Behauptungen sind aus der Luft gegriffen. Wir wissen aus dem Telegramm McClellands an das WRB, daß Musy selbst die Publikation im Namen der Nazis verlangt hatte. Mayer, der über Musys Verhandlungen und ihr Ergebnis sehr erstaunt war, hatte bestimmt kein Interesse an der Bekanntgabe eines Erfolges der Sternbuch-Gruppe, für die er wenig Sympathie empfand. Außerdem sagte Schellenberg (bei seiner Vernehmung am 18. Juni 1948), daß die Sache bezüglich der 250 Nazis durch die Sendung einer gaullistischen Rundfunkstation in Spanien aufgekommen sei, die in Deutschland abgehört worden war. Musy und sogar Schellenberg behaupteten aber, Mayer sei ein Agent von Becher und Kaltenbrunner (sic1) gewesen. Die Hysterie, die die Nationalsozialisten befiel, als sie den Galgenstrick um ihren Hals zu ahnen begannen, hatte begreiflicherweise Intrigen, Interessenkämpfe und Beschuldigungen zur Folge. Nach dem Krieg hielten Sternbuch und seine Freunde diese Beschuldigungen aufrecht und gaben damit Schellenberg das Alibi, das er die ganze Zeit erstrebt hatte. Kasztner tilgte seine persönliche Dankesschuld gegenüber Becher, indem er ihm ein Entlastungszeugnis – einen "Persilschein", wie man damals sagte – für die Behörden der Alliierten schrieb. Man sollte dabei beachten, daß Becher im Kasztner-Bericht in ganz anderem Licht erscheint – als ergebener SS-Mann und ein der brutalen Härte fähiger Antisemit.

Wer war aber eigentlich Saly Mayer? Mayer war 1882 in der Schweiz geboren und 1950 gestorben. Er besaß eine Spitzenfabrik und lebte in beträchtlichem Wohlstand. Er war Mitglied des Gemeinderats seiner Heimatstadt St. Gallen, später betätigte er sich in der Union der jüdischen Gemeinden der Schweiz und wurde schließlich ihr Vorsitzender. Persönlich war er unglücklich. Sein einziger Sohn litt unter geistigen Störungen, für die Eltern ein Anlaß ständiger Sorge. Saly Mayer war ein stiller und frommer Mann, der stets ein Exemplar des "Pirkey Avoth" (der für orthodoxe Juden maßgebenden populären Moralschrift) bei sich trug. Dieser Mann wurde plötzlich in den Wirbelsturm der internationalen Diplomatie gerissen, in dem viele – und selbst manche der besten – untergingen. Um in seiner Mission erfolgreich zu sein, zwang er sich, anders zu scheinen als er wirklich war. Der ruhige, schweigsame Mann wurde geschwätzig und überforderte seine Gesprächspartner mit langen Reden. "An der Nase herumgeführt" hatte er nicht nur Becher,

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Siehe Anmerkungen 57 u. 59; Aussage von Franz Göring im Schellenberg-Prozeß, 24. 2. 48, Dok. No. 40; Bechers Aussage in Nürnberg, 25. 6. 48; Schellenbergs Aussage v. 18. 6. 48 in seinem Prozeß (siehe La Tribune de Genève v. 29. 7. 48); SM 21, Sternbuchs Brief an das Nürnberger Gericht v. 17. 11. 48 u. die einschlägige Korrespondenz im Schweizer Israelitischen Wochenblatt November/Dezember 1948.



sondern auch seine Freunde. Seinem einzigen intimen Freund Wyler sagte er offenbar nicht, daß er die Traktoren für Sternbuch bezahlt hatte, denn Wyler bestritt die Durchführung dieser Zahlung.

Saly Mayer war ein sehr mißtrauischer Mensch. Alle litten darunter, die mit ihm in Kontakt standen. Seine Beziehungen zu Kasztner basierten anfangs auf gegenseitigem Respekt und selbst Sympathie. Später aber entdeckte Mayer ungenaue Eintragungen in den von Kasztner vorgelegten Abrechnungen und wurde ihm böse bis zur Feindseligkeit. Kasztner bat um Entschuldigung und demütigte sich sogar in seinen Versuchen zur Wiederherstellung der früheren guten Beziehungen, was ihn freilich nicht davon abhielt, in seinen Berichten an Mayer Rache zu nehmen. Seine Kritik ist aber keineswegs überzeugend, denn er rühmt Schwartz, McClelland und die schweizer Behörden so als wüßte er nicht, daß sie und Mayer dieselbe Politik trieben. 1947 bezeichnete er Saly Mayer als einen "philanthropischen Gangster"68.

Besonders bemerkenswert ist McClellands Urteil über Mayer, weil sich der alte einsame Mann in Gesellschaft McClellands, seiner Frau Marjorie und ihrer drei Kinder, in der gemütlichen Atmosphäre des Quäker-Hauses entspannte und tatsächlich "Onkel Saly" wurde, wie er in der geheimen jüdischen Korrespondenz genannt wurde. McClelland schreibt über Mayer: "Vielleicht, wenn man einen diplomatisch begabteren Mann gewählt hätte - einen Mann mit mehr politischem Verstand und savoir faire . . ., vielleicht wäre dann mehr zu erreichen gewesen. Dieser Mann hat aber genau das getan, was seine Gegner behauptet haben und was Becher einmal zu Saly gesagt hat: seine [Bechers] Feinde würfen ihm vor, er werde von einem alten Juden an einem Ring durch die Nase herumgeführt, was durchaus stimmte . . . Er hat das Hinhaltemanöver sechs Monate lang fortgesetzt. Es ist unglaublich, daß das so lange Zeit gut ging. Saly war schwierig, weil er ein enormer Schwätzer war, er redete um Probleme herum; es war schwer, Saly zur Sachlichkeit zu bringen . . . er schweifte immer wieder von den Kernfragen ab . . . Er war kein junger Mensch; sein Gehör war nicht besonders gut, was andererseits auch Vorteile hatte. "64

Saly Mayer verstand es sehr gut, die zunehmende Schwäche der Nationalsozialisten im Sommer 1944 auszunützen, indem er die Verhandlungen, die mit Brand als dem Vertreter von Eichmanns Forderung nach Lastwagen begonnen hatten, auf das Thema "Geld" und von der Geldfrage auf die Frage der Versorgung der Juden durch Vermittlung des Roten Kreuzes verlagert hatte. Die Verhandlungen selbst hatten zweifellos zu einer relativen Mäßigung des Verhaltens der SS gegenüber den Juden beigetragen, was zur Einstellung der Massenvergasungen führte, wenngleich der Hauptgrund für diesen Wandel sicher die fortschreitende Verschlechterung der deutschen Lage war. Man muß aber sagen, daß als Folge dieser Ver-



<sup>63</sup> SM 42, Kasztner-Steger, 9. 3. 47. "Damals, dort in Budapest, war es uns nicht denkbar, anzunehmen, daß wir mit philanthropischen Gangstern à la SM zu tun haben werden."

<sup>84</sup> Interview mit McClelland, vgl. Anm. 42.

schlechterung auch jene "Lösung" hätte eintreten können, die Kaltenbrunner, Müller, Eichmann und Hitler erstrebten, nämlich der Massenmord des Restes der Juden. Es scheint richtig, die Verhandlungen in der Schweiz als einen Beitrag zur Stärkung der weniger mordgierigen Richtung anzuerkennen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Anordnung, die die Deportation der Budapester Juden am 25. August verhinderte, auf die Verhandlungen an der schweizer Grenze zurückzuführen ist. Die Fortschritte in dieser Richtung, mit Bechers manchmal fragwürdigen, doch weitgehend positiven Interventionen, wären ohne die Hinhaltetaktik von Saly Mayer nicht möglich gewesen, obwohl auch die Mitwirkung Kasztners und Biss' nicht unterschätzt werden soll, die jede sich bietende Gelegenheit gut zu nützen wußten. Das Eintreffen des Kasztner-Transports in der Schweiz ist zweifellos eine direkte Folge der Verhandlungen.

Es ist schwer zu beurteilen, ob das Überleben der meisten der nach Straßhof verschleppten etwa 16 000 ungarischen Juden auf diese Verhandlungen zurückzuführen ist, doch scheint es sich so zu verhalten.

Mayers Verhandlungen bildeten den Hintergrund zur Einleitung und teilweise auch erfolgreichen Durchführung weiterer Unternehmen wie jener von Musy, Felix Kersten und anderer. Möglicherweise bereiteten die Verhandlungen auch den Weg zu der späteren reibungslosen Übergabe der Konzentrationslager Buchenwald und Bergen-Belsen an die Alliierten.

Saly Mayer war weit davon entfernt, ein Engel zu sein, oder auch nur ein umgänglicher und populärer Mann, aber er hatte unter den schwierigsten Bedingungen, allseits gebunden durch Weisungen und Beschränkungen, relativ erfolgreich gewirkt und ein erstaunliches Geschick gezeigt.

Mit einem ganz sicheren Instinkt wirkte er von Anfang an der Grundlage der nationalsozialistischen Einstellung gegenüber den Juden entgegen. Die deutschen Machthaber sahen in den Juden nicht Menschen, sondern Güter, Sachwerte, die sinngemäß für andere ähnliche Werte eingewechselt werden konnten. Man erinnere sich hier an Bechers Ausdruck in seinem Bericht an Himmler, wo er von den "318 Stück" sprach, die über die Grenze "rollten". Der entmenschlichte SS-Mann drückte sich in der Entmenschlichung der Juden aus. Mayers ganze Verhandlungsweise war dieser Auffassung diametral entgegengesetzt, einer Auffassung, die unter dem nationalsozialistischen Druck auch Kasztner beeinflußte. Den bevorstehenden Untergang des Regimes benutzend, lenkte Mayer die Verhandlungen in einen wieder fast menschlich gewordenen Rahmen.

Die jüdische Uneinigkeit in den Rettungsversuchen, die die Art der Verhandlungsführung Mayers beeinflußte, wurde durch seine Verhandlungsweise gefördert. Seine Geheimnistuerei, seine oft kleinlichen Differenzen mit den anderen jüdischen Organisationen führten zu einer Vertiefung des Problems statt näher an seine Lösung heran. Man kann aber kaum sagen, daß die Einstellung der anderen, besonders der Sternbuchgruppe, irgendwie freundlicher gewesen wäre. Doch ist es beachtenswert, in welchem Maße es Mayer trotz allem gelang, einige seiner Ziele zu erreichen, obwohl er sein Hauptziel, den Schutz der Juden durch das Rote Kreuz,



"Onkel Saly" - Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45 219

nicht durchsetzen konnte. Schließlich leitete er die einzigen langwährenden Verhandlungen von alliierter Seite mit den nationalsozialistischen Machthabern, die während des Krieges stattfanden. Es gelang ihm, einen Amerikaner – McClelland – mit einem SS-Offizier zu Verhandlungen zu bringen, um Menschenleben zu retten. Gemessen an den Resultaten anderer Versuche, schnitt er dabei nicht zu schlecht ab.



Jahrgang 25 (1977), Heft 2 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977\_2.pdf